Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 39. | Dresden, Freitag den 15. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Vierbundshilfe für die Ukraine. – Die letzten Tage in Brest. Neue Reichssteuern. – Konservative Wahlrechtsvorstöße.

Czernins Zuversicht.

Graf Czernin wurde bei seiner Rückkehr von Brest-Litowsk am Wiener Bahnhofe von städtischen und parlamentarischen Vertretungen lebhaft begrüßt. Er führte in einer Ansprache folgendes aus:

„Der Friede von Brest-Litowsk ist in doppelter Beziehung bedeutsam. Erstens bringt er uns dem allgemeinen Frieden um ein bedeutendes Stück näher. Die Nacht ist gebrochen, es beginnt zu tagen. Am Horizont erglimmt das erste zarte Morgenrot des allgemeinen Friedens. Das, was in Brest-Litowsk geschehen ist, ist noch nicht das Ende, aber es ist der Anfang des Weltfriedens. Nicht nur politische Krankheiten sind ansteckend, auch politische Genesungen, auch der Friede wirkt ansteckend, was die Zukunft beweisen wird. Brest-Litowsk ist aber auch in wirtschaftlicher Beziehung bedeutungsvoll. Was dort geschaffen wurde, ist ein Brotfriede, das Gegenteil von dem, was man einen Hungerfrieden nennt. Gewiß sind die Schwierigkeiten, die dem Transport entgegenstehen, noch bedeutend. Aber es sind alle Vorkehrungen getroffen. Und wenn auch die Verhältnisse sich nicht rasch von Tag zu Tag bessern werden, so werden sie sich doch von Monat zu Monat bessern. Die Verbesserung ist jedenfalls unaufhaltsam. Was die Kriegsgefangenen anbelangt, so haben wir alle Vorkehrungen getroffen, und was menschenmöglich ist, wird geschehen, daß sie so rasch als möglich in die Heimat zurückkehren können. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, daß Rußland noch in den Kämpfen des Bürgerkrieges liegt. Das bedeutet wohl eine Verzögerung, aber wir hoffen, auch mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Wenn jemals Zuversicht am Platze war, so bin ich fest davon überzeugt, daß wir nur noch etwas durchhalten müssen, dann wird der allgemeine, langersehnte Friede erreicht sein."

Graf Czernin beabsichtigt auch, **auf die Rede Wilsons möglichst rasch zu erwidern.** Er soll die Absicht haben, den versöhnlichen Ton, den er in seiner vorigen Rede über die Wilsonsche Programmnote anschlug, beizubehalten, da Wilson sich dem Versailler Beschlusse der europäischen Weststaaten nicht angeschlossen hat.

• • •

Hilfe der Mittelmächte für die Ukraine.

Aus Wien wird dem B. T. berichtet: Die Ukraine befindet sich infolge des Krieges in einem Zustand, der es ihr unmöglich macht, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Friedensvertrag auch auf die Lieferung ihrer Ueberschüsse übernommen hat, wenn sie nicht Hilfe von außen erhält. Diese Hilfe wird ihr, wie heute von befugter Seite mitgeteilt wurde, gegeben werden. Sie wird nicht nur technischer Art sein, z. B. in Beistellung von Lokomotiven und Waggons bestehen. Es könnte auch sein, daß ihr von den Mittelmächten Beistand zur Organisierung eines Sicherheitsdienstes geleistet wird. Die militärische Hilfe der Mittelmächte würde, wenn es erforderlich werden sollte, den Warenaustausch mit der Ukraine zu schützen, darin besteht, richtige Knotenpunkte und Stapelplätze gegen Ueberfälle durch Banden sicherzustellen. Natürlich würde diese Hilfeleistung im Einvernehmen und im Zusammenwirken mit den ukrainischen Behörden erfolgen.

Vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen.

Der Reichskanzler ist aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrt. Es ist, wie verlautet, eine volle Einigung zwischen der politischen Leitung und dem Hauptquartier über die schwebenden Fragen erreicht worden. Es handelt sich dabei um die Stellungnahme zu der neuen Situation gegenüber Rußland sowie um die Ententebeschlüsse in Versailles und die letzten Reden Wilsons und Lloyd Georges. Der Reichskanzler hat, wie weiter gemeldet wird, die Absicht, alsbald in der Vollversammlung des Reichstages sich über die politische Lage zu äußern.

Der Reichstag tritt am Dienstag wieder zusammen. Nach dem Berl. Tageblatt haben die Fraktionsführer der Mehrheitsparteien den Wunsch, daß der Friedensvertrag mit der Ukraine allen anderen Fragen vorweg genommen und bereits am 20. Februar in allen drei Lesungen verabschiedet wird. Danach soll die Einbringung des Etats für 1918/19 durch den Grafen Rödern erfolgen.

Heute und Sonnabend finden Vorbesprechungen zwischen den Vertretern der Reichstagsfraktionen und dem stellvertretenden Reichskanzler v. Payer statt.

Der Reichstag wird sich, abgesehen von der großen Friedensfrage mit Steuergesetzen und sozialpolitischen Vorlagen zu beschäftigen haben. Ueber die sozialpolitischen Gesetzentwürfe, die dem Reichstag zugehen sollen, macht Prof. Francke in der Sozialen Praxis folgende Mitteilungen: Der vom Reichskanzler am 29. November im Reichstag angekündigte Gesetzentwurf über die Arbeitskammern ist im Reichswirtschaftsamt fertiggestellt und entspricht dem Vernehmen nach weitgehenden Erwartungen. Insbesondere erfährt das Einigungswesen eine Ausgestaltung und Festigung. Eine Vorlage über besondere Kaufmannskammern soll folgen. Weiter wird geplant, die im Hilfsdienstgesetz geschaffene Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in Großbetrieben durch eine Novelle zur Gewerbeordnung dauernd zu sichern. Die ebenfalls vom Reichskanzler am 29. November versprochene Beseitigung „derjenigen Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, die sich aus § 153 der Gewerbeordnung ergeben", soll den Reichstag ebenfalls demnächst beschäftigen. Wie übrigens Professor Francke „aus unanfechtbarer Quelle" wissen will, hat der Reichskanzler Graf Hertling in seiner engeren Umgebung „keinen Zweifel darüber gelassen, daß er mit der preußischen Wahlrechtsreform stehe und falle".

• • •

Die neuen Steuern.

Ueber die für den Reichstag bestimmte neue Steuervorlage verlautet nach dem Lokalanzeiger, daß es sich in der Hauptsache diesmal um indirekte Steuern handle, nämlich um Steuern auf Weine und Mineralwässer sowie eine monopolartige Steuer auf Branntweine.

Ueber die Reichsweinsteuer, die zu dem in Aussicht stehenden Steuerbukett gehören soll, erfährt die Kölnische Zeitung folgendes: Steuerpflichtig soll der Wein sein, der vom Erzeuger in die Hände des Händlers oder Verbrauchers übergeht. Der Landwirt selbst bleibt steuerfrei. Die Steuer wird in doppelter Form erhoben: einmal als eine Abgabe auf den Weinmost oder Wein in Fässern und außerdem als eine Steuer auf Flaschenweine, auch auf solche, die schon jetzt bei Privaten lagern. Die Steuer beträgt bei Wein im Werte von 1 M. 10 Pf., 2 bis 3 M. 20 Pf., 3 bis 4 M. 70 Pf. usw. Die Steuer selbst soll in Form einer Banderole erhoben werden. Der Ertrag wird auf 100 Millionen geschätzt.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 15. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minentätigkeit. Abteilungen eines Matrosen-Regiments brachten von einem Erkundungsvorstoße gegen die belgischen Linien nordwestlich von Mannokenwere 2 Offiziere und 26 Mann gefangen zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Nordwestlich und östlich von Reims rege Erkundungstätigkeit des Feindes. In der Gegend von Prunay und südöstlich von Tahure entwickelten sich lebhafte Artilleriekämpfe.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Gefechtstätigkeit lebte im Oberelsaß zeitweilig auf.

Im Januar beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 20 Fesselballone und 151 Flugzeuge, von denen 67 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 68 Flugzeuge und 4 Fesselballone verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die neue Kriegslage.

Von Richard Gädke.

* Natürlich würde auch militärisch der vollständige Friedensschluß mit Gesamtrußland vorzuziehen sein. Er würde völlig klare Verhältnisse schaffen und in jedem Falle den Großteil der Streitkräfte freimachen, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegenwärtig an der 1500 Kilometer langen Ostfront von der Ostsee bis zur Donau stehen haben. Aber auch der Friedensvertrag mit der Ukraine bietet bereits schätzbare Vorteile. An dieser Stelle will ich auf die wirtschaftlichen Abmachungen nicht näher eingehen, obwohl es klar ist, daß sie bei einer Fortführung des Krieges gegen Westen auch militärische Bedeutung erlangen werden. Militärische und wirtschaftliche Kraft lassen sich nicht reinlich voneinander scheiden, sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig. England suchte durch den wirtschaftlichen Abschluß Deutschlands seinen raschen Zusammenbruch zu erzwingen, und bei uns erblickt man in dem Unterseekriege ein gleiches Mittel England gegenüber.

Maßgebend für die militärische Wirkung des Friedensvertrages mit der Ukraine ist Artikel III: „Die Räumung der besetzten Gebiete wird unverzüglich nach der Ratifikation des gegenwärtigen Gebietes beginnen." Die Festsetzung des Waffenstillstandsvertrages mit Rußland vom 15. Dezember 1917, wonach an und von der Grenze keine operativen Truppenverschiebungen vorgenommen werden sollten, ist jetzt natürlich hinfällig geworden. An den galizischen und den neuen polnischen Grenzen werden wohl noch Sicherungsabteilungen verbleiben, aber im allgemeinen sind die Heere der Mittelmächte, die dort noch stehen, nunmehr verfügbar geworden. Unsere Ostfront wird dadurch um 400 Kilometer verkürzt.

An der Grenze der Bukowina gegen Beßarabien — das keinen Teil der ukrainischen Volksrepublik bildet — und in den Randgebirgen der Moldau herrscht noch kein Friede, und selbst nur ein unsicherer Waffenstillstand mit den Rumänen. Das gleiche ist in der Dobrudscha der Fall. Indessen sind hier seit Wochen die großen russischen Truppenteile, durch militärische Entfernung zahlreicher Offiziere und Mannschaften ohnehin geschwächt, im Abmarsch nach Osten durch die Ukraine hindurch, zum Teil auf dem schnellsten Wege mit Hilfe der Bahn. Andere Regimenter und Divisionen sind nach heftigen Kämpfen mit ihren bisherigen Bundesgenossen auf das Gebiet Ungarns oder der Wallachei übergetreten. Sie sind den Heeren der Mittelmächte gegenüber durch rumänische Truppen ersetzt worden. Aber diese sind zu schwach, um die 450 Kilometer lange Grenze von Chotin am Dniestr bis Galatz an der Donau hartnäckig verteidigen zu können, wenn sie von den Mittelmächten angegriffen werden. Die 120 Kilometer des Donau-Deltas sind hierbei noch gar nicht mitgerechnet, obwohl auch sie nicht ohne Bewachung bleiben können. Endlich ist ein Teil des rumänischen Heeres in Beßarabien eingedrungen und kämpft dort mit den Resten der Bolschewikitruppen. Würde der Kriegszustand seitens der Mittelmächte erneut aufgenommen, so müßte sich zum Unheil der Rumänen sehr rasch ein Mangel an Schießbedarf herausstellen, der nur aus den schwachen eigenen Kräften des Landes wörtlich ergänzt werden könnte. Die Lage der Rumänen ist also hoffnungslos und wird wohl sehr rasch zu Verhandlungen führen; dann werden auch dort beträchtliche Streitkräfte der Deutschen, der Oesterreicher, der Ungarn und der Bulgaren frei. Die Zahl der letzteren würde voraussichtlich völlig hinreichen, jede Verstärkung der mazedonischen Front durch widerwillige französische Truppen mindestens wett zu machen, wenn Venizelos mit seiner Zwangsmobilmachung Glück haben sollte.

Ein seltsamer Zustand besteht augenblicklich auf dem Nordteil unserer Front. Herr Trotzki hat die Beendigung des Krieges erklärt und die Gesamt-Demobilmachung des russischen Heeres befohlen. Indessen kann man einen Krieg wohl einseitig beginnen aber nicht einseitig beenden. Die Zustimmung der Mittelmächte zu dem Schritte Trotzkis steht aber in diesem Augenblicke noch aus. Deren Erklärung bedeutet vorläufig also nichts anderes als ein Eingeständnis, daß Rußland militärisch niedergekämpft und unfähig zur Verteidigung ist. Er erkennt damit freilich nur einen Zustand amtlich an, der uns nach allen Nachrichten von jenseits der Demarkationslinie und aus dem Verkehr unserer Truppen mit dem Gegner nicht mehr verborgen war. Sollten hier unsrerseits militärische Unternehmungen wieder aufgenommen werden, so müßte freilich zunächst der Waffenstillstand mit zehntägiger Frist aufgekündigt werden; nehmen auch wir den Friedenszustand als gesichert an, dann würde der Waffenstillstandsvertrag von selbst hinfällig werden. Aber auch in ersterem Falle würde der Raum kriegerischer Unternehmungen aller Wahrscheinlichkeit nach ein begrenzter sein. Denn soweit wir sehen, befindet sich der größere Teil von Weiß-Rußland in den Händen eines russisch-polnischen Heeres, das angeblich 100 000 Mann stark ist und die Vereinigung der Gouvernements Mohilew mit dem Königreich Polen ausgerufen hat. Unseren eigenen Stellungen an der Linie Dünaburg—Wilna—Smorgon scheinen allerdings noch schwache großrussische Truppenteile gegenüber zu liegen, die schwerlich einen ernsthaften Gegner abgeben würden. Im wesentlichen blieb wohl nur noch das Gebiet nördlich der Düna — wo eintretendenfalls — neue Kriegshandlungen erwartet werden könnten. Jedenfalls wird also auch in dem nördlichen Teil der Ostfront ein Teil unserer Streitkräfte zu beliebig anderer Verwendung freiwerden.

Kaum nötig, darauf hinzuweisen, welche Bedeutung diese völlige Wandlung der Verhältnisse für unsere gesamte Kriegslage besitzt. Die größte Gefahr des schweren Zweifrontenkrieges ging aus der überraschen schnellen Bereitschaft der gewaltigen Uebermacht des russischen Heeres hervor. Es war dazu bestimmt, den Todesstoß gegen Deutschland zu führen und wäre vielleicht dazu gelangt, wenn nicht das überlegene Feldherrntalent Hindenburgs und die heldenhafte Tüchtigkeit und Tapferkeit des deutschen Heeres die Gefahr beseitigt hätte. Immerhin haben wir drei Jahre gebraucht, um die harte Arbeit zu vollenden. Den Russen allein verdankt Frank-

reich seine Rettung im Beginn des Krieges: den Russen und Italienern England die Möglichkeit, sich ein Millionenheer zu schaffen und aus allen Ecken der Welt bewaffnete Scharen gegen uns heranzuführen, und das gleiche gilt von den Vereinigten Staaten. Nur durch den Zweifrontenkrieg ist die so lange Kriegsdauer, sind die Wechselfälle des Glückes hervorgerufen worden; ohne ihn erfreuten wir uns schon längst wieder der Segnungen des Friedens.

Jetzt ist im großen ganzen die Kraft der Mittelmächte frei, sich nach einer Richtung hin zu wenden, wobei wir freilich nicht vergessen wollen, daß auch unsere Gegner dort stärker und stärker geworden sind. Die Verhältnisse liegen natürlich nicht mehr so günstig wie vor 3½ Jahren. Trotzdem sehen die Gegner mit Bangen dem Frühjahrsfeldzuge entgegen, sie selbst können nicht warten, und hoffen tatsächlich nicht, daß die Hilfe der Vereinigten Staaten den Ausfall des russischen Heeres ausgleichen könnte. Wer noch irgendwie Zweifel hegte, dem werden die Vernehmungen des Kriegsministers Baker vor dem Ausschuß des Kongresses die Augen geöffnet haben. Er hat dort augenscheinlich einige sehr peinliche Stunden verlebt und der Sache nach eingestehen müssen, daß das amerikanische Heer im ganzen nach einjährigen Rüstungen noch immer nicht kriegsbereit ist, daß es ihm an Gewehren, an Geschützen, infolgedessen auch an der Ausbildung und sonst noch an einigem fehlt. Die ungeheuren Lücken in der Ausrüstung der Truppen in den Ausbildungslagern mußte er unumwunden bekennen, und der Ausschuß bestritt sogar, daß die nötigste Ausrüstung für die Truppen in Frankreich vorhanden sei; mit anderen Worten, man hat übereilt einige Zehntausende Soldaten in völlig unfertigem Zustande nach Frankreich geworfen, um der Welt die Augen auszuwischen, und womöglich gar in der Hoffnung, uns schrecken zu können. Nun soll nicht geleugnet werden, daß augenscheinlich Truppentransporte auch jetzt wieder im Gange sind, und man nimmt uns sehr übel, daß wir ihnen kein freies Geleit über den Ozean bewilligen wollen; aber auch hierbei handelt es sich um Bruchteile, vielleicht um eine zweite Division, die truppenweise hinübergeworfen werden soll und nur die Opfer des Krieges vermehren kann. Aus Furcht vor unseren U-Booten entsendet man sie auch auf verschiedenen Wegen, zum Teil über England, zum Teil auf Bordeaux und La Rochelle, aber so bringt man keine Waffentransporte in irgend abseh bar Zeit nach Europa.

Unsere Gegner werden die entscheidenden Kämpfe ohne nennenswerte Hilfe von dort drüben durchschlagen müssen.

Uebrigens wird der Ausfall der Russen auch in der Lage in Asien einige Veränderungen hervorrufen. Nach der Erklärung Trotzkis kann niemand die Türken verhindern, Armenien wieder zu besetzen. Das aber wird nicht ohne merkliche Rückwirkung auf die Verhältnisse in Persien und in Mesopotamien bleiben.

Ukrainisch-russische Kämpfe.

Aus Petersburg erfährt der Korrespondent der Telegraphen-Union, daß daselbst Einzelheiten über die zwischen den Bolschewiki und den Ukrainern aufs neue entbrannten Kämpfe in Nikolajewsk eingelaufen sind. Die Ukrainer haben sich der Staatsbank, des Bahnhofs und anderer Gebäude bemächtigt. Die Angriffe der Bolschewiki wurden zurückgeworfen. In der Stadt herrscht große Panik. Alle Häuser sind geschlossen, kein Mensch wagt es, auf die Straße zu gehen. Nach anderen Nachrichten soll Kiew wieder in bolschewikischen Händen sein. Nach einer Petersburger Depesche der Pariser Presse sollen die rumänischen Truppen Kischinew besetzt haben.

Zur Lage an der russischen Front wird aus Berlin „von maßgebender Seite" behauptet, daß der durch Funkspruch erteilte Befehl zur Demobilisation des russischen Heeres noch am selben Tage vier Stunden nach seinem Erlaß wieder zurückgezogen wurde. Eine Demobilisierung in Rußland ist also tatsächlich nicht erfolgt.

Das Institut Smolny hat nunmehr auch einen Erlaß über die **Enteignung sämtlicher Maschinen** im Lande veröffentlicht. Die bereits eingeführten Maschinen, die auch in Zukunft aus dem Auslande bezogen werden, sind als Staatseigentum zu betrachten und werden vom Staate monopolisiert. Die Ackerbaukomitees werden die Verteilung und Aufstellung ähnlicher für die Landwirtschaft nötigen Maschinen übernehmen.

•

Alarmnachrichten aus Livland.

Unter der Ueberschrift: „Höchste Gefahr!" bringt der Berliner Lokalanzeiger in auffälligem Druck diese Notiz:

Wie uns aus Riga berichtet wird, eilt die Lage der von Deutschland ihre Rettung erhoffenden Deutschen und Esten in Livland und Estland der Katastrophe zu, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Reval sind von den Maximalisten 300 Deutsche und Esten verhaftet worden. Die Frauen befinden sich getrennt von ihren Kindern im Schloß, die Männer in Kinos; in Dorpat wurden etwa 200 Männer verhaftet. Weitere Verhaftungen sind aus Fellin gemeldet. Der gesamte deutsche Adel ist für vogelfrei erklärt. Währenddessen agitiert England weiter und bedingt sich die militärische Verflauung über die Häfen des Landes als Gegenleistung aus."

Eine „Gefahr" liegt in der Tat vor. Indes sind „der gesamte deutsche Adel" und die in dieser Meldung erwähnten Deutschen nicht im geringsten gefährdet. Die Gefahr besteht darin, daß Alarmmeldungen wie die vorliegende, die Wirkungen haben, die man in ganz bestimmten Kreisen von ihrer Veröffentlichung erhofft. Man sieht dieser Meldung ihren Zweck-Charakter schon von weitem an. — In die gleiche Linie gehört folgende Meldung, die das Berliner Tageblatt ohne Quellenangabe bringt:

„Zur Lage an der russischen Front wird von maßgebender Seite darauf hingewiesen, daß der durch Funkspruch erteilte Befehl zur Demobilisierung des russischen Heeres noch am selben Tage, vier Stunden nach seinem Erlaß, wieder zurückgezogen worden, eine Demobilmachung in Rußland also tatsächlich nicht erfolgt ist."

Auch diese Meldung bedarf einer starken Einschränkung. Die vorstehende Meldung bezieht sich auf das bekannte Telegramm, das bezann „Friede, Friede!", dessen Weiterverbreitung untersagt wurde. Diese Maßnahme wird von bestimmter Stelle, unter denen sich die Heeresleitung zu befinden scheint, so ausgelegt, daß damit der Demobilisierungsbefehl zurückgezogen worden sei. Im Gegensatz dazu bestehen auch an amtlichen Stellen andere Auffassungen, die insbesondere dahingehen, daß das Verbot der Weiterverbreitung dieses Telegramms keine Zurücknahme der Demobilisierungsorder darstelle. Diese letzte Auffassung hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, auch im Auswärtigen Amt ihre Anhänger.

Deutscher Protest gegen Gefangenenabschiebungen.

Berlin, 14. Februar. Die russische Regierung hatte die Absicht, alle in Petersburg befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, ausgenommen die Invaliden, angeblich wegen der Ernährungsschwierigkeiten sofort nach dem Trotzki-Lager im Gouvernement Orenburg abzuschieben. Da die Ausführung dieser Maßregel bei der in Petersburg herrschenden allgemeinen Desorganisation eine außerordentlich große Gefahr für die Gefangenen mit sich gebracht hätte, hat die in Petersburg befindliche deutsche Kommission den schärfsten Protest erhoben.

Die Räumung von Brody.

Wien, 14. Februar. Gemäß Artikel 2, Abs. 5 des mit der Ukraine abgeschlossenen Vertrages, der den status quo ante, der zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bestandenen Grenzen wieder herstellt, sind gestern unsere Truppen in Brody eingezogen. Durch diese friedliche Besetzung Brodys ist die letzte größere Stadt in Ostgalizien wieder in österreichisch-ungarischen Händen.

Die Ausschußberatung der preußischen Wahlrechtsvorlage.

Konservative Verschlechterungsanträge. — § 1 der Regierungsvorlage angenommen. — Ausschließung bestrafter Personen. — Reaktionärer Plural- und Berufswahlrechtsantrag.

cb **Berlin**, 14. Februar.

Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses begann mit der Beratung der Wahlrechtsvorlage. Ihr § 1 gibt das Wahlrecht jedem Preußen, der die Staatsangehörigkeit seit wenigstens drei Jahren besitzt und das 25. Lebensjahr vollendet hat, in der preußischen Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde. Für aktive Militärpersonen mit Ausnahme der Militärbeamten ruht das Wahlrecht.

Hierzu sind eine Anzahl Anträge gestellt. Die Konservativen beantragen, für die einjährige Ortsansässigkeit die dreijährige zu setzen. Ein nationalliberaler Antrag will folgende Bestimmung einfügen: Auf die Teilnehmer am gegenwärtigen Kriege findet für die erstmalige Wahl auf Grund dieses Gesetzes die Voraussetzung des einjährigen Wohnsitzes oder Aufenthaltes in der Gemeinde oder dem Wahlbezirk keine Anwendung. — Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, die Bedingung der dreijährigen Staatsangehörigkeit zu streichen, für die einjährige Ortsansässigkeit eine solche von sechs Monaten zu setzen.

Der sozialdemokratische Vertreter befürwortete seinen Antrag auf Gewährung des Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts. Die Richtigkeit dieser programmatischen Forderung der Sozialdemokratie sei durch den Krieg mehr als je erwiesen. Zu denjenigen, die während des Krieges ihre Pflicht erfüllt haben, so daß ihnen volles Vertrauen zu schenken sei, gehörten wohl in erster Linie die zahlreichen Kriegsteilnehmer, und das seien ja die Leute, die das 20. Lebensjahr vollendet hätten, ja sogar noch jüngere. Ueber das Frauenstimmrecht habe er erst kürzlich im Plenum des Hauses sich des längeren geäußert, er beziehe sich auf diese Rede und weise nur noch darauf hin, daß die Frauen jetzt im Kriege ein solches Maß von Verständnis an den Tag gelegt haben, daß man keinen Grund habe, ihnen das Wahlrecht vorzuenthalten. Die Konservativen wollten die Regierungsvorlage noch verschlechtern. Es komme ihnen darauf an, den Kreis der Wahlberechtigten möglichst einzuschränken und dann allenfalls für den kleinen Teil, der noch übrig bleibe, das gleiche Wahlrecht einzuführen. Sie vergäßen aber, daß das Volk sich diesen Spott und Hohn nicht gefallen lasse. Wolle man die Erregung, die in weiten Kreisen des Volkes nicht zuletzt wegen des Verhaltens des Wahlrechtsausschusses herrsche, beseitigen, so habe man allen Anlaß, die Regierungsvorlage nicht noch zu verschlechtern. Ganz unannehmbar sei die Ausnahmebestimmung für Berlin, denn dadurch würden alle die Berliner Wähler, die von einer Seite der Straße auf die andere Seite ziehen, wenn diese bereits zu einem andern Wahlkreise gehört, mit einem Schlage ihr Wahlrecht verlieren.

Ein Konservativer begründet den Antrag seiner Partei auf Verlängerung der Ortsansässigkeit damit, daß man die fluktuierenden Elemente nicht so behandeln könnte wie die seßhaften. Der Sozialdemokrat erwidert, daß der konservative Antrag ein Drittel aller Wähler um das Wahlrecht bringen würde. Er richtet sich besonders gegen die Arbeiter, die ihn als Hohn und Spott empfinden würden.

Minister des Innern Dr. Drews: Die einjährige Aufenthaltsfrist ist auch in Elsaß-Lothringen vorgesehen, und sie genügt. Eine dreijährige Aufenthaltsfrist würde die Allgemeinheit des Wahlrechts wesentlich einschränken, und das will die Regierung nicht. Das Wahlalter von 25 Jahren entspreche der Reichsverfassung, darunter könne man nicht gehen. Betreffs des Frauenwahlrechts ist die Stellung der Frau von der des Mannes tatsächlich verschieden und muß es sein. Durch die Hineinziehung der Frau in die Politik würde man ihr die Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben, ihre Mutter- und Erziehungspflichten, unmöglich machen. Die Ersetzung der Gemeinde durch den Wahlbezirk bezieht sich in der Hauptsache auf Berlin und soll ein Hin- und Herschieben der Wähler vor der Wahl verhindern. Dem nationalliberalen Antrag stimmt die Regierung grundsätzlich zu; er gehört jedoch in die Uebergangsbestimmungen.

Ein Zentrumsredner meint, das Wahlrecht erfordere eine gewisse Seßhaftigkeit; dem Zentrum genüge die einjährige, es werde gegen den konservativen Antrag stimmen. Man könne die Wertschätzung und Anerkennung der Frau nicht dadurch zum Ausdruck bringen, daß man sie in die Wahlagitation hineinzieht.

Das polnische Ausschußmitglied befürwortet den sozialdemokratischen Antrag. Die allgemeine Wehrpflicht müsse auch das allgemeine Wahlrecht zur Folge haben. Er sei auch für die Gewährung des Wahlrechts an die Frauen, denn die Frauen hätten heute noch ganz andere Aufgaben, als bloß Kinder in die Welt zu setzen.

Ein Konservativer zieht im Hinblick auf den Verlauf der Debatte den Antrag auf dreijährige Aufenthaltsdauer zurück und wird für die Regierungsvorlage stimmen. Gegenüber dem Sozialdemokraten erklärt er: Was wir für sachlich richtig halten, werden wir vertreten, ganz unbekümmert darum, ob dadurch Erregung hervorgerufen wird oder nicht. Gegen das Frauenwahlrecht sind wir schon deshalb, weil es zu einer noch viel weitergehenden Radikalisierung führen würde. Die meisten Frauen denken gar nicht an das Wahlrecht, wir würden auch mit der Gleichstellung der Frau der Menschheit keinen Dienst erweisen. Dem nationalliberalen Antrag betr. Kriegsteilnehmer stimmen wir grundsätzlich zu.

Nach weiterer Debatte wird § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, alle Abänderungsanträge werden abgelehnt. Einstimmig wird der nationalliberale Antrag betr. die Kriegsteilnehmer zum Beschluß erhoben.

§ 2 zählt diejenigen Personen auf, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Auch hierzu liegen mehr oder weniger weitgehende nationalliberale, konservative und Zentrumsanträge vor, die den mit längeren Freiheitsstrafen betroffenen Personen auf längere Zeit oder dauernd das Wahlrecht entziehen wollen. — Minister des Innern Dr. Drews findet den Gedanken dieser Anträge richtig. Die Regierung schlage ja auch vor, diejenigen vom Wahlrecht auszuschließen, die öffentliche Aemter nicht bekleiden dürften. Aber die Antragsteller gingen zu weit. Eine Reihe von Straftaten sei erklärlich aus dem Milieu des Täters und seien das Ergebnis einer einmaligen Verirrung, die eine einmalige bleiben könne. Es erscheine auch immerhin gangbar, wenn man einem Vorbestraften für eine gewisse Zeit das Wahlrecht entziehe, es wäre immerhin ein Denkzettel.

Ein Fortschrittler meinte, man dürfe nicht den Stab brechen über Menschen, die durch eine unglückliche Verkettung von Umständen mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Das Volk werde ein solches Vorgehen nicht verstehen. — Ein Ministerialdirektor wendete sich gegen einen Wahlrechtsverlust wegen Steuerrückständigkeit. Der Sozialdemokrat wendet sich grundsätzlich gegen einen Wahlrechtsverlust solcher bestrafter Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt worden sind. Würden die Anträge angenommen, so würden auch alle diejenigen das Wahlrecht verlieren, die wegen politischer oder Preßvergehen oder auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu Gefängnis verurteilt wurden.

Hierauf wurden sämtliche Anträge einem Unterausschuß überwiesen. Am Montag wird

die Frage des gleichen Wahlrechts

beraten.

Dazu liegt ein Antrag der Konservativen vor, der will, daß das Abgeordnetenhaus aus 450 Mitgliedern bestehen soll, von denen 236 in allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen nach dem Mehrstimmen-System, 214 in berufsständischen, geheimen und indirekten Wahlen gewählt werden. Jeder Wähler soll zwei Stimmen haben, eine für die allgemeinen, eine für die berufsständischen Wahlen. Für die allgemeinen Wahlen wird je eine Zusatzstimme durch das Lebensalter, das Vermögen, das Einkommen, die selbständige Erwerbstätigkeit, den Grundbesitz und durch die Schulbildung erworben werden. Für die berufsständischen Wahlen soll die Wählerschaft in drei Berufsabteilungen mit je drei Gruppen eingeteilt werden, deren erste in der Hauptsache die Landwirtschaft, die zweite die Industrie und den Handel, die dritte die freien Berufe und die Beamten umfassen soll. Die Zahl der Wahlkreise für jede dieser Gruppen soll zwischen 13 und 29 betragen, jedes Viertelprozent der Berufsangehörigen in den für die allgemeinen Wahlen bestehenden Wahlkreisen soll einen Obmann wählen können.

Der Ausklang von Brest-Litowsk.

Ueber den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen, die mit der bekannten Erklärung Trotzkis schloß, wird durch Wolffs Telegraphisches Bureau nachträglich noch folgendes bekanntgegeben:

Die Kommissionssitzung vom 9. Februar leitete Staatssekretär v. Kühlmann durch eine zusammenfassende Darlegung über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen ein. Er stellte fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch in den sehr eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Persönlich habe er den Eindruck, als ob durch eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage kein günstiger Erfolg erzielt werden könne. Die heutige Besprechung des gesamten Problems habe den Zweck, einen Weg zur Verständigung vielleicht noch ausfindig zu machen.

Der Minister des Aeußern Graf Czernin erklärte, daß ein auch noch so langes Hinausziehen theoretischer Erörterungen wenig Aussicht auf Einigung biete. Er wünsche, die Frage offen zu lassen, wie die geplanten territorialen Veränderungen an der russischen Westgrenze aufzufassen seien, und ob die Geltendmachung dieser Veränderungen tatsächlich den Friedensschluß hindern würde oder nicht.

Herr Trotzki entgegnete, daß vom russischen Standpunkte aus die Anwendung, die die Gegenpartei dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geben wolle, der

Ablehnung dieses Grundsatzes

gleichkomme. Die gewaltsame neue Grenzführung müsse von militärischen und strategischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Durch die Stellungnahme des Vierbundes gegenüber der Ukraine sei eine neue Schwierigkeit durch Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen den Vierbundvertretern und den Bevollmächtigten der Kiewer Rada eingetreten. Diese Handlungsweise müsse Zweifel daran erwecken, daß die Mittelmächte mit der Regierung des föderativen Rußlands zu einer Verständigung gelangen wollten, weshalb er den Vertrag mit der Kiewer Rada als für das ukrainische Volk und für die Regierung ganz Rußlands geltungslos erkläre.

Staatssekretär v. Kühlmann schlug unter Bezugnahme auf die Bemerkung Trotzkis, daß die als russische Westgrenze in Aussicht genommene Grenzlinie der Besprechung durch Sachverständige bedürfe, vor, die Frage der Grenzbestimmung einer am Schlusse der Sitzung zu bildenden Unterkommission zu überweisen, die in einer auf den folgenden Tag anzuberaumenden Sitzung der politischen Kommission über das Besprechungsergebnis berichten soll. Die Pflege eines freundschaftlichen Verhältnisses zu dem östlichen Nachbar sei eine dauernde Grundlage der deutschen Politik gewesen. Auch in Zukunft werde die deutsche Politik dem neuorganisierten Rußland gegenüber immer ein freundnachbarliches Verhältnis anstreben.

Vermeidung der Einmischung in innere russische Verhältnisse nach Kriegsschluß.

Bezüglich der Haltung der Mittelmächte gegenüber der Ukraine bemerkte Herr v. Kühlmann, daß sich aus dem Abschlusse eines Friedensvertrages mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik für die Mittelmächte ohne weiteres die nötigen Folgerungen ergeben.

Von einer Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Ukraine sei eine Förderung der Verhandlungen nicht zu erwarten. Trotz der von den Mittelmächten vertretenen Auffassung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Kondeberter in diesen Gebieten bereits ausgeübt würde, seien die verbündeten Regierungen bereit, durch planmäßigen Ausbau der bestehenden Vertretungskörper die Möglichkeit einer Kundgebung auf breiterer volkstümlicher Grundlage zu schaffen.

Graf Czernin bemerkte, das Verhältnis der Ukraine zur Petersburger Regierung gehe den Vierbund nichts an. Der Friedensschluß mit der Ukraine sei kein unfreundlicher Akt gegen die russische Regierung. Durch den Friedensvertrag sei die Ukraine kein den Mittelmächten verbündeter, sondern ein neutraler Staat geworden. Dasselbe würde mit Rußland der Fall sein, wenn es zwischen diesem und dem Vierbunde zu einem Friedensschluß käme. Komme kein Friede zwischen dem Vierbunde und dem Rat der Volkskommissare zustande, so könne der Vierbund die ukrainischen Gebiete als neutral, die dem Einfluß des Rates der Volkskommissare dagegen unterstehenden Gebiete bis auf weiteres als feindlich zu betrachten.

Auf die Frage Trotzkis nach der Grenzführung südlich von Brest-Litowsk, über die mit den Ukrainern verhandelt wurde, entgegnete Staatssekretär v. Kühlmann, daß

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180215/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

auch hierbei ein verständiger Mittelweg gesucht würde. Herr Trotzki erklärte sich hierauf mit dem Zusammentritt einer militärisch-technischen Kommission zur Prüfung der Grenzlinie einverstanden.

Staatssekretär v. Kühlmann, von dem Wunsche der Bevölkerung der Verhandlungen geleitet, schlug eine neue Lösung vor, die unter Umständen den 2. Artikel des zu vereinbarenden Friedensvertrages bilden könnte:

Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die . . . verlieren der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Reiche erwachsen ihnen keinerlei Verpflichtungen Rußland gegenüber. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden, und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werden.

Im Zusammenhang damit erklärte Staatssekretär v. Kühlmann, daß der wesentliche Inhalt des Art kels des ersten Vorschlages für den Vierbund eine Conditio sine qua non des Friedensschlusses sei. Die Mittelmächte hätten die Räumung gewisser Gebiete zugesagt unter der Bedingung der gleichzeitig stattfindenden Räumung der Gebiete ihrer Verbündeten. Als Gegenwert, was dem an für die Mittelmächte die Räumungspflicht bedeutete, war das Ende der russischen Demobilisierung in Aussicht genommen. Hinsichtlich dieses Zeitpunktes seien die Mittelmächte zu Konzessionen bereit. Doch käme ein Friedensschluß nicht in Frage, in dem die Zusicherung der Räumung der verbündeten Gebiete durch die Truppen der Petersburger Regierung nicht enthalten sei. Bezüglich der Aalandsfrage bemerkte Staatssekretär v. Kühlmann darauf, daß der Friedensschluß Deutschland als Minimum das an Rechten wieder einräumen müsse, was Deutschland bei Kriegsausbruch verfragsmäßig genoß.

Trotzki erwiderte, daß Rußland seine Truppen ebenso wie die Persien aus dem türkischen Gebiete zurückziehen werde. Selbstverständlich würde dies in klarster und bestimmtester Form in einem besonderen Vertrage mit der Türkei zum Ausdruck kommen.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

•

Am 10. Februar hielt die Unterkommission zur Erörterung der Grenzlinie zwei Sitzungen ab, in denen in Gegenwart der militärischen Sachverständigen zu Worte kamen. Während russischerseits versucht wurde, die strategischen Nachteile nachzuweisen, denen Rußland durch die vorgeschlagene Neuführung einer Westgrenze ausgesetzt würde, wurde deutscherseits dieser Aufgabe damit entgegengetreten, daß es sich nicht um eine russisch-deutsche Grenze, sondern um eine Grenze Rußlands mit den neuen Verbündeten handle. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Zu Beginn der Sitzung der Vollkommission am 10. Februar stattete auf Ersuchen Herrn v. Kühlmanns der Vorsitzende der Unterkommission über das Beratungsergebnis Bericht.

Auf die Frage Herrn v. Kühlmanns an Herrn Trotzki, ob er noch irgendwelche zu einer befriedigenden Lösung beitragende Mitteilungen zu machen habe, erklärte Herr Trotzki unter Ausfällen gegen den Imperialismus der Welt, Rußland halte an dem Kriege keinen Anteil mehr haben und führe deshalb Heer und Volk aus dem Kriege heraus. Rußland gebe den Krieg auf und den Befehl zur vollständigen Demobilisierung aller den Vierbundstaaten gegenüberstehenden Armeen. Seine (russische) Regierung lehne es aber ab, die deutsch-österreichisch-ungarischen Bedingungen zu sanktionieren und verzichte auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages. Hierauf erfolgte die ihrem Inhalt nach bereits bekannte

Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes

und die Demobilisierung sämtlicher Truppen.

Staatssekretär v. Kühlmann analysierte den gegenwärtigen Zustand dahin, daß der Vierbund mit der russischen Regierung im Kriege stehe, daß die kriegerischen Unternehmungen durch den Waffenstillstandsvertrag zwar eingestellt seien, aber bei Nichtfall dieses Vertrages von selbst wieder aufleben würden. Die Tatsache, daß die eine der beiden Parteien ihre Armeen demobilisiert, würde hieran weder tatsächlich, noch rechtlich etwas ändern. Er frage Herrn Trotzki, ob die russische Regierung mitzuteilen beabsichtige, wo die Grenzen des russischen Reichs verliefen, und ob die Regierung der Volkskommissare gewillt sei, die rechtlichen und Handelsbeziehungen genau in dem Umfang wieder aufzunehmen, wie sich das aus einer Beendigung des Kriegszustandes natürlich ergeben würde.

Nachdem Herr Trotzki erklärt hatte, dem Gesagten nichts hinzufügen zu können, schlug Staatssekretär v. Kühlmann vor, den folgenden Tag eine Vollsitzung vor, in der die Stellungnahme der Verbündeten zu den Mitteilungen der russischen Delegation bekanntgegeben würde.

Herr Trotzki erwiderte, seine Delegation habe jetzt alle Vollmachten erschöpft und halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen der verbündeten Regierungen würden im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und beantwortet werden. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

•

Warum so spät?

Dieser letzte Sitzungsbericht aus Brest-Litowsk wird mit einer Verspätung von vier Tagen veröffentlicht. Solche Verzögerung ist nicht geeignet, das Mißtrauen, mit dem weite Kreise die Winkelzüge Kühlmanns in der Frage des Selbstbestimmungsrechts verfolgten, zu zerstören. Hat man erst die günstigen Wirkungen des Friedens mit der Ukraine abwarten wollen, ehe man den Ausklang von Brest ausführlicher veröffentlichte? Es scheint so, und diese Taktik ist nicht gerade ein Zeichen eines guten Gewissens. Die Vierbund-Delegation hat wohl selbst deutlich gefühlt haben, daß der von Kühlmann vorgeschlagene Artikel 2 von der Linie ehrlichen Verständigungswillens abweicht. Rußland konnte einen Passus nicht unterzeichnen, demzufolge Rußland bei Regelung des Schicksals jener Gebiete so gut wie ganz ausgeschlossen werden soll. Man fragt sich, warum von keiner Seite der Vorschlag gemacht wurde, die umstrittenen Gebiete bis Friedensschluß unter der gegenwärtigen Besetzung zu belassen und dann über ihr Schicksal selbst entscheiden zu lassen. Wenn wenn vom Vierbund das Selbstbestimmungsrecht anerkannt würde, so muß es den Litauern und Kurländern ebenso wie den Polen und Ukrainern überlassen bleiben, über ihr staatliches Verhältnis zu Rußland zu entscheiden. Einem gewissen Verzicht Rußlands auf seine Oberhoheit über die fremden Fremdvölker konnte der Vierbund erst fordern, nachdem etwa diese Völker sich von Rußland auf Grund eines demokratisch angelegten Volksvotums losgesagt hätten. Dieses Votum fehlt bis heute.

Es ist in Brest von beiden Seiten viel an den Dingen vorbeigeredet und manches versäumt worden. Weder die Bolschewiki noch unsere Unterhändler konnten mit reinem Gewissen nach Hause fahren. Was die deutsche Sozialdemokratie anbelangt, so wird sie unserer Regierung bei den kommenden Debatten im Reichstage die Antwort darauf nicht schuldig bleiben.

Im Mittelmeer versenkt!

Berlin, 14. Februar. (Amtlich.) 1. Außer den gestern veröffentlichten Erfolgen unserer U-Boote im östlichen Mittelmeer sind nach neu eingegangenen Meldungen auch solche im mittleren Teil des Mittelmeeres erzielt worden, durch die im besonderen der Transportverkehr nach Italien betroffen wurde. Drei Dampfer und drei Segler fielen hier unseren U-Booten zum Opfer. Die Dampfer, von denen zwei bewaffnet waren, wurden sämtlich aus starkgesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den versenkten Seglern hatten zwei Papiermasse, einer Holz geladen. — 2. Am 31. Januar hat eines unserer U-Boote die Chemische Fabrik Arenella bei Palermo auf nahe Entfernung erfolgreich beschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Debatte im englischen Unterhause.

wtb. **London**, 13. Februar.

Bonar Law erwiderte auf verschiedene Kritiken an den Arbeitsleistungen der Verwaltungszweige. Er sagte u. a.: Unser Land war das einzige im Kriege, wo keine Verminderung der Nahrungsmittelerzeugung eingetreten ist. Die gesamten Vorräte an Weizen Ende Dezember letzten Jahres überschritten die von Ende Dezember 1916 um nicht weniger als zwei Millionen Quarter. Vom Munitionsdepartement sagte er: Unsere Geschütze in Frankreich haben um 30 Prozent zugenommen und unsere Flugzeuge sind 1917 vermehrt worden. Unser Land war dank der Beihilfe Amerikas imstande, einigen unserer Verbündeten Hilfe zu leisten. Bonar Law schloß mit einer Verteidigung des gegenwärtigen Regierungssystems und einem Hinweis, daß das Kriegskabinett von allen Kriegführenden angenommen worden sei.

Holt brachte einen Zusatzantrag ein, worin das Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß — dem Beschluß des Obersten Kriegsrats gemäß — die Fortsetzung der militärischen Kraftentfaltung die einzige direkte Aufgabe der Regierung wäre. Holt hatte Bedenken gegen das Wort „einzige". Er fragte, ob es keine Alternative betreffend der Politik gäbe und ob die militärische Machtentfaltung allein die einzige sichere Handlungsweise sei, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Cavendish Bentinck forderte, daß die Regierung die militärische Kraftanspannung durch diplomatische Tätigkeiten unterstützen solle.

Lord Robert Cecil sagte über Holts Verbesserungsantrag: Eine große Anzahl Redner habe betont, daß die militärischen Mittel nicht die einzigen seien, die zur Verteidigung des Krieges angewendet werden sollten. Die Regierung hielt es für ihre Pflicht, dieses Mittel zu gebrauchen, um den Krieg zu Ende zu führen. Snowden hat erklärt, daß Milner, als er in Rußland war, die Vereinbarung bestätigte und ihr zustimmte, die, wie er sagte, zwischen Frankreich und Rußland wegen des linken Rheinufers getroffen sei. Diese Behauptung ist völlig unbegründet. Ueber die Geheimdiplomatie sagte Cecil, er dächte, daß kein Land in Europa, weder früher, noch gegenwärtig, sich mehr der Geheimdiplomatie im schlimmsten Sinne schuldig gemacht habe, als Deutschland.

Cecil stellte die Wilsonsche Forderung über Belgien und den Völkerbund ihrer „Annahme" durch den Feind gegenüber. Unter dem Dokument dieser Annahme würde beinahe jede Einverleibung Belgiens in das Deutsche Reich den deutschen Staatsmännern völlig freistehen. Hertling hat vorgeschlagen, die Erwägungen über den Abschluß eines Völkerbundes bis nach dem Friedensschluß zu verschieben. Das sei keine Haltung, die die britische Regierung annehmen könne. Es hat keinen Zweck, den Versuch zu machen, über den Frieden zu diskutieren, wenn der Feind keinen Frieden will. Wenn die Regierung nicht vor dem Feinde kriechen und einen Frieden um jeden Preis anbieten wolle, so geschehe es, weil sie überzeugt sei, daß ein solcher Friede nicht nur von dem englischen Volke verschmäht werde, sondern auch keine dauerhafte Grundlage für die Ordnung der Völker in Europa bilden würde. (Beifall.) Holts Verbesserungsantrag wurde darauf mit 130 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Unter der Minderheit befanden sich sämtliche Pazifisten.

•

Balfour für die Versailler Beschlüsse.

wtb. **London**, 14. Februar. (Reuter.)

In der geringen Sitzung des Unterhauses bei der Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede hielt Balfour eine Rede, in der er den Angriffen mehrerer Abgeordneter auf den Obersten Kriegsrat in Versailles entgegentrat und sagte: Der Oberste Kriegsrat sei in erster Linie zur Besprechung der großen militärischen Fragen zusammengekommen und habe eine Erklärung über die Schlüsse abgegeben, die aus den Reden des deutschen Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern gezogen werden müßten. Er habe aber nicht die Kriegsziele besprochen. Wenn über Friedensbedingungen verhandelt worden wäre, so hätten die auswärtigen Minister aller beteiligten Länder anwesend sein müssen, was nicht der Fall war. Der Kriegsrat habe über die Reden Hertlings und Czernins zwar verhandelt, aber darin keine Friedensannäherung gefunden. Aus diesem Grunde seien die Verhandlungen über die militärischen Maßregeln wichtiger gewesen denn je. Es habe keinen Sinn, der Regierung vorzuwerfen, daß sie sich nicht diplomatischer Mittel bediene. Diplomatische Methoden hätten nur dann Zweck, wenn man mit einem Volk zu tun habe, das entschlossen sei, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen. Die Mittelmächte hätten aber offen gezeigt, daß sie keine solche Absicht hegten. Der Unterschied im Ton, nicht im Wesen, den Czernins Rede gegenüber der Hertlings aufweise, lasse zwar darauf schließen, daß Oesterreich-Ungarn vernünftiger denke, als sein übermächtiger Verbündeter. Aber wenn gesagt werde, daß man aus Czernins Rede den Schluß ziehen dürfe, daß Deutschland bereit sei, einzulenken, so sei dies doch eine höchst extravagante Auffassung.

Deutsches Reich.

Die Außerordentlichen Kriegsgerichte arbeiten.

b. In Berlin sind seit einer Woche die Außerordentlichen Kriegsgerichte in Tätigkeit, um auf Grund des verschärften Belagerungszustandes über die mit dem letzten Streik im Zusammenhange stehenden Vergehen zu urteilen. Es sind schon, sowohl gegen Männer wie gegen Frauen, sehr schwere Strafen verhängt. So wurde verhandelt gegen den 40jährigen Maschinenschlosser Johann Rataczek, der am 31. Januar auf dem Alexanderplatz einen Straßenbahnwagen zum Halten zu bringen versucht hat. Er hat die Bremse abgeschraubt und schließlich einem Schutzmann bei der Festnahme Widerstand entgegengesetzt. Das Urteil lautete auf drei Jahre sechs Monate Zuchthaus.

Ein Jahr sechs Monate Zuchthaus wurde gegen den 40jährigen Fräser Karl Meyer ausgesprochen, der sich an einem Auflauf beteiligt und ebenfalls einen Straßenbahnwagen zum Halten gebracht haben soll. — Um einen Angriff auf einen Straßenbahnwagen handelt es sich auch in der Verhandlung gegen den noch nicht 19jährigen Friseurgehilfen Paul Ziemann und den erst 17jährigen Schlosser Hermann Spiyer. Beide wurden für überführt angesehen und Ziemann zu einem Jahr Zuchthaus, Spiyer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Weil er am 2. Februar vor den Berliner Asbest-Werken die Arbeiterinnen aufgefordert hatte, sich dem Streik anzuschließen, wurde der 31jährige Former Paul Marzelt zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Wegen dieser Aufforderung zum Streik sind eine große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen angeklagt worden. Alle sollten sich durch diese Aufforderung des Landesverrats schuldig gemacht haben. Es gelang nur in einem Falle, gegen einen Angeklagten den schlüssigen Beweis zu führen. Dieser Angeklagte, ein 17jähriger Mechaniker, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Auf versuchten Landesverrat, in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Nötigung, lautete auch die Anklage gegen acht Personen, gegen die zusammenfassend verhandelt wurde. Die Beschuldigten sollen am Morgen des 1. Februar am Bahnhof Grünau Streikposten gestanden und Arbeitswillige, die zur Arbeit nach Johannisthal wollten, von ihrem Vorhaben abgebracht haben. Allen acht Angeklagten war nichts nachzuweisen. Sie mußten freigesprochen werden. — Unverständlich ist ein Urteil, das den Tischler Johann Wittenberg zu neun Monaten Gefängnis verurteilte. Der Tischler ist gesehen worden, wie er mit einem Paket in das Lokal des Gastwirts B. in Neukölln ging. Da sich in dieser Wirtschaft das Streikbureau befunden haben soll, schloß man daraus, daß sich in dem Paket Streikflugblätter befunden hätten. Der Angeklagte war zu keinem Geständnis zu bewegen; er behauptete während der ganzen Verhandlung, er habe in dem Paket Werkzeuge gehabt.

Als eine Ansammlung von Streikenden im Humboldthain von einem berittenen Schutzmann attackiert wurde, sollte der Arbeiter Max Behling der Menge zugerufen haben: „Holt den Menschen doch vom Pferde herunter!" Tatsächlich ist der Schutzmann auch vom Pferde gerissen worden. Das Gericht sah den Angeklagten als „Rädelsführer" an und belegte ihn mit zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus.

Ausland.

Frankreich.

Bolo zum Tode verurteilt!

Paris, 14. Februar. Bolo ist einstimmig zum Tode verurteilt worden. Brocchero wurde zu 3 Jahren Gefängnis, Cavallini in contumaciam zum Tode verurteilt.

Nach einem Pariser Bericht des Handelsblad beantragte der Regierungskommissar in einem einstündigen Plädoyer bei dem Kriegsgerichtshof die Todesstrafe für Bolo. Er sagte unverhüllt, daß die Verständigung mit dem Feinde von dem Augenblick an vollendete Tatsache war, wo die Unterhandlungen mit dem Feinde vor sich gingen, ohne Rücksicht auf das Resultat. Bolo sei schuldig, selbst wenn er es getan hätte, um Geld zu verdienen. Er habe nicht nur Geld von Deutschland erhalten, sondern er habe auch die von Deutschland gestellten Bedingungen erfüllt. Diese seien gewesen, daß das Geld in Zeitungen gesteckt werden sollte. Deutschland habe wahrscheinlich nicht gehofft, damit Erfolg zu haben, solange Humbert im Journal war. Aber es habe gehofft, ihn entfernen zu können; dann wäre das Blatt ganz in den Händen der Deutschen in dem Augenblick, wo Frankreich seine ganze Kraft notwendig gebraucht hätte, eine große Macht gewesen. Die Gefährdung Frankreichs durch Bolo sei also sehr groß. Das verdiene entschieden den Tod.

Die Furcht vor dem Prozeß gegen Villain.

Genf, 15. Februar. (Eigenbericht.) Das Journal du peuple kommt immer noch einmal auf die ungesühnte Ermordung Jaurès zu sprechen und greift die Regierung heftig an, weil sie den Mörder Villain für wahnsinnig erklären lassen will, um den Prozeß zu vermeiden. Am 16. Februar findet in Paris ein Kongreß der Linkssozialisten statt.

Griechenland.

Protest an die Neutralen.

Die Agence Hellenique veröffentlicht einen Einspruch, den sie an die Regierungen der Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Spanien geschickt hat. Er richtet sich gegen die Massenverhaftungen, gegen das rücksichtslose Vorgehen der venizelistischen Kriegsgerichte, gegen die Verurteilung und Erschießungen griechischer Zivil- und verhafteter Offiziere und Mannschaften, gegen die wider den Willen des Volkes angeordnete Mobilmachung, gegen die Verwendung griechischer Bürger als Kanonenfutter.

Aus aller Welt.

Die Ermordung des Kaufmanns Löwenthal vor Gericht. In Zweibrücken begann die Verhandlung gegen den Schraubenfabrikanten H. Gebhard und dessen Sohn Otto, beide aus Pirmasens, die beschuldigt sind, den Kaufmann Walter Löwenthal aus Charlottenburg, dessen spurlosses Verschwinden seinerzeit, wie berichtet, großes Aufsehen hervorrief, ermordet zu haben. Löwenthal war in Pirmasens in geschäftliche Beziehungen zu Otto Gebhard getreten und führte den Betrag von 47 000 M. bei sich. Am 2. Juni 1917 ist er zum letzten Male in Begleitung des jungen Angeklagten gesehen worden. Zwar kam eine Depesche an seine Angehörigen, wonach er nach Köln reise, und dort ist im Hotel ein Reisender unter seinem Namen aufgetreten, aber Depesche und Eintragung in die Fremdenliste rührten nicht von ihm, sondern von einem anderen, wie die Anklage behauptet, von Gebhard junior, her. Die beiden Angeklagten haben ein luxuriöses, leichtsinniges Leben geführt, ohne daß die Herkunft ihrer Geldmittel festzustellen war. Beide Angeklagte erklärten sich für unschuldig.

Ein weiblicher Schiffskapitän.

Elisa Bellumini in Viareggio ist der erste weibliche Schiffskapitän Italiens und einer der ersten überhaupt. Sie hatte große Schwierigkeiten, ihren von Jugend auf gehegten Plan durchzusetzen und sich die reguläre Ausbildung für ihren Beruf zu verschaffen. Nach Ablegung des vorschriftsmäßigen Examens und Ernennung zum Kapitän eines Kauffahrteischiffes gab sie nach italienischer Art eine etwas phrasenhafte Erklärung ab, nach der sie darauf zu brennen scheint, sich im Krieg auf dem Meere zu bewähren.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte
für den 16. Februar 1918:
Etwas kälter, sonst keine wesentliche Aenderung.

Letzte lokale Nachrichten.

Tödlicher Sturz auf der Treppe.

Heute vormittag wurde in einem vierten Stockwerk eines Grundstücks der Moszinskystraße ein etwa 35 bis 40 Jahre alter Mann, der bisher unbekannt geblieben ist und dürftig gekleidet war und Verletzungen am Kopfe aufwies, als Leiche aufgefunden. Wie sich herausstellte, war der Mann im vierten Stockwerk gewesen, wahrscheinlich um dort um milde Gaben zu bitten, und ist auf der Treppe von einem Schwindelanfall gerafft worden und die Treppe herabgestürzt, wobei er seinen frühen Tod gefunden hat. Da er keine Papiere bei sich hatte, konnten seine Personalien noch nicht festgestellt werden.

Kettenbiebstahl. Von einem Bahnhofe wurde am 11. Februar 1918 eine Kiste, gezeichnet [illegible], enthaltend 50 Packen mit je 50 Stück Zigaretten, Marke „[illegible]", gestohlen. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180215/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Butterverteilung.

§ 1. **Dienstag den 19. und Mittwoch den 20. Februar 1918** werden beliefert:

a) die angemeldete Landeskartenkarte der Stadt Dresden „Februar Z" mit ¼ **Pfund Butter** und

b) der angemeldete Butterbezugschein mit 50 vom Hundert mit **Margarine.**

§ 2. Der Kleinhandelspreis beträgt für **Butter** 3.40 M. für 1 Pfund, 1.70 für ½ Pfund, 85 Pf. für ¼ Pfund, 43 Pf. für ⅛ Pfund, für **Margarine** 2.00 M. für 1 Pfund.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden nach § 22 der Ratsbekanntmachung vom 26. Oktober 1916 bestraft. [S 57

Dresden, am 14. Februar 1918.

Der Rat zu Dresden.

Brot- und Mehlversorgung im Erntejahr 1917/18.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 1917 über die Brot- und Mehlversorgung des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung im Erntejahr 1917/18 wird für das Gebiet des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

I.

§ 28 und 30 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 29. Bei der Abgabe des Mehles durch die Mühlen an die zugelassenen Händler und Handelsmühlen dürfen höchstens folgende Preise berechnet werden:

für 100 Kilogramm	Roggenmehl, bis zu 94% durchgemahlen	37.90 M.
„ „ „	Weizenmehl	39.90 „
„ „ „	Roggenschrotmehl, bis zu mehr als 94% durchgemahlen	37.60 „
„ „ „	Weizenschrotmehl	39.60 „

Die Preise gelten ab Mühle, netto Kasse, ausschließlich Sack.

Der Gesamtaufschlag an Frachten und Spesen für die Abgabe an Bäcker und Kleinhandelsbetriebe im Zwischenhandel darf einschließlich Kreditgewährung, Transport usw. bei Zuführung durch Geschirre bis zum Hause des Käufers den Höchstsatz von 2.70 M. für 100 Kilogramm, bei Zuführung mit der Bahn bis zur Bahnstation des Verkäufers 2.20 M. für 100 Kilogramm nicht übersteigen. Die Kosten der Bahnfracht treffen den Käufer.

Die Höchstpreise gelten nicht für die Abgabe von Mehl in Mengen unter einem Zentner im Kleinhandel.

§ 30. Im Kleinhandel mit Mehl dürfen höchstens folgende Preise gefordert werden:

für 850 Gramm	Roggenmehl	18 Pf.,	für 850 Gramm	Weizenmehl	20 Pf.
„ 600 „	„	25 „	„ 700 „	„	28 „
„ 700 „	„	35 „	„ 700 „	„	39 „

Der Preis gilt einschließlich Verpackung. Beim Verkauf anderer als der oben bezeichneten Mengen ist er entsprechend zu berechnen, wobei Bruchteile von Pfennigen nach oben abgerundet werden können.

II.

Diese Bekanntmachung tritt am 17. Februar 1918 in Kraft.

Zuwiderhandlungen werden nach § 44 der Bekanntmachung vom 20. Oktober 1917 über die Brot- und Mehlversorgung des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung im Erntejahr 1917/18 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1917 bestraft.

Dresden, am 15. Februar 1918. [S 58

Der Kommunalverband Mittelsachsen
für den Kommunalverband Dresden und Umgebung.

Städt. Zwiebelverkauf.

Vom 18. Februar 1918 an findet in der Hauptmarkthalle städtischer Zwiebelverkauf statt.

Der Preis für ein Pfund Zwiebeln beträgt 28 Pf. Die Ware wird unausgelesen abgegeben. Der Verkauf erfolgt nur gegen Abgabe von Ausweis Nr. 150 der Lebensmittelkarte (17. Februar bis 16. März 1918). Auf einen Ausweis wird ein Pfund geliefert.

Die Verkaufsstellen sind nicht verpflichtet, in kleineren Mengen als 15 Pfund abzugeben. Kleinhändler, die von ihren Kunden mit der Besorgung beauftragt werden, können hierfür 5 Pfennige für das Pfund verlangen.

Der Verkauf findet in folgenden Ständen der Hauptmarkthalle statt:

Cl. Andrich	Stand Nr. 58	Kurt Richter	Stand Nr. [illegible]
Hans Bartels	„ „ 280/87	Albin Schädlich	„ „ [illegible]
J. Böhme	„ „ 349/50	Edwin Schädlich	„ „ [illegible]
Cl. Borsdorf	„ „ 396	Richard Schneider	„ „ [illegible]
Emilie verw. Bretschneider	„ „ 370/72	Karl Schwab	„ „ 46
Adolf Brunzel	„ „ 473/74	Max Stange	„ „ [illegible]
Emil Eckhardt	„ „ 451/54	Richard Thiemann	„ „ [illegible]
Ed. Gorny	„ „ 347/48	Vereinigte Produkten- u. Grünwarenhändler G. m. b. H.	„ „ [illegible]
Hart u. Wölfert	„ „ 450/51	Emil Wagner	„ „ [illegible]
Oskar Herrmann	„ „ 409/10	Bernhard Wappler	„ „ [illegible]
J. Horn u. Co.	„ „ 499/501	Robert Weidner	„ „ [illegible]
Robert Klapper	„ „ 69/70	Hugo Wegert	„ „ [illegible]
Luise Kloß	„ „ 263	Martha Wünsche	„ „ [illegible]
Karl Emil Richter	„ „ 42/44		

An der Anschlagtafel der Hauptmarkthalle ist zu ersehen, an welchen dieser Stände der Verkauf im Gange ist. Verkaufszeit ist die übliche Geschäftszeit der Hauptmarkthalle. Die Vormittagsstunden sind jedoch für Kleinhändler, die Nachmittagsstunden für Verbraucher vorbehalten. Die Nachmittagsgeschäftszeit ist von 4 bis 6 Uhr, Sonnabends bis 7 Uhr.

Dresden, am 14. Februar 1918.

Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Deuben.

Die amtliche **An- und Verkaufsstelle für getragene Kleidungsstücke** sowie Schuhwaren befindet sich hier, **Dresdner Straße 30,** gegenüber dem Markthause. Sie ist geöffnet von 3 bis 7 Uhr nachmittags. [W 33

Deuben, am 17. Mai 1917.

Der Gemeindevorstand.

Verein gegenseitiger Unterstützung im Todesfall

Sonntag den 17. Februar, nachm. 2½ Uhr, in **Angermanns Restaurant,** Deuben, Bahnhofstr.

Hauptversammlung.

Tagesordnung statutengemäß.

Erscheinen aller Mitglieder wünscht [W 12] **Der Vorstand.**

Arb.-Radf.-Bund „Solidarität"

Mitgliedschaft Dresden.

Sonnabend den 16. Februar, abends 8 Uhr (Einlaß 7 Uhr)

Gr. Unterhaltungsabend

im großen Volkswohlsaale Ostra-Allee unter Mitwirkung der rühmlichst bekannten

Weber-Sänger.

Eintrittskarten à 99 Pf. sind bei den bekannten Genossen und am Saaleingang zu haben. [S 319

45 Prager Str. 45

Lichtspiel-Palast

Ab Freitag, 15. Februar

Glücksmäuse

Detektiv-Komödie.

Der Narr seiner Liebe

Dreiakter. Lustspiel. [S 340

Fata Morgana

Lichtspiele **Breite Straße 3**

Der falsche Waldemar

Köstliches Lustspiel in drei Akten von Franz Hofer.

In den Hauptrollen:

Lo Ballis, Fritz Achterberg, Franz Hofer.

Der Reiter und der Sheriff

Drama in zwei Akten. [S 175

Weischhuse u. Umg.

Sonntag den 17. Febr. nachm. ab 3 Uhr in **Voigts Restaurant** in Weischhuse [W 20

Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** von Frau Kreitmeyer-Potschappel über: **Die kritischen Jahre der Frau u. sind sie zu fürchten?**
2. Warum hat der Verein Volksgesundheit die Begräbniskasse eingeführt? Referent: Herr **Wolf.**

Der Verein Volksgesundheit im Pl. Grund.

Rest. Deutsche Eiche

Tharandter Strasse 48

Inhaber: **Max Thiele.**

Halte meine Lokalitäten, u. a. Vereinszimmer zu Fabrik- u. Gewerkschafts-Besprechungen, bestens empfohlen. — **Fernsprecher Nr. 15 573.** [W 95

Jede Dame

kauft beim [S 219 **weit und breit bekannten billigen**

Mäntel-Ulbricht

nur noch Neustadt

Heinrichstr. **14-16.**

Näh-Ahle „Juwel"

D.R.G.M. [illegible] in Deutschland, Österreich, Ungarn, Schweiz und Spanien.

Das unübertrefflichste Werkzeug für Jedermann!

Die größte Erfindung, um mit der Ahle arbeiten, fertigt eine Menge an: Schuhe, Stiefel, Taschen, Sattel, Gurte, Lederarbeiten, Federbetten usw. **Juwel macht Steppstiche wie eine Nähmaschine.** Es ist das einzige, was es überhaupt gibt. Preis per Stück mit vier Hirschen Nähseiden und 4 Sattelnadeln:

Mk. 4.20

franko Nachnahme ins Haus und Verpackung frei.

Man beachte:

„Juwel" ist Original aus Metall, die Spule im Griff gibt beim Nähen das Fadenende ab wie eine Nähmaschine.

„Juwel" hat so viel Vorzüge, daß alle Nachahmungen fast wertlos erscheinen!

General-Vertrieb

J. Höpfl, München 26

Landwehrstraße 39.

Eleg. Kinderwagen und Klappwagen bill. z. vk. Kyffhäuserstr. 19, I.

Prinzeß-Theater

Lichtspiele

Pragerstr. 52

Irmas Ehekontrakt

Entzückendes Lustspiel in drei Akten.

In der Hauptrolle:

Lya Lay

Im Angesicht des Todes

Großes Filmdrama in 5 Akten.

Aus der Serie:

Camelendame, Bohème

[S 175

Täglich von 4 bis 11 Uhr.

Musenhalle. [W 13

Vorstadt Löbtau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahnl. 7, 11, 22

Tägl. abds 8.10. **Heute neues Programm!**

Eigensinn. Lustspiel von R. Benac.

Unser Hänschen. Orig.-Schwank von K. Keßler

Und der reichhaltige, neue, vorzügliche Beiprogramm!

Jeden Sonntag 2 Vorstellungen. 4—7, 8—11 Uhr

Vorverkauf.

In Vorbereitung der große Lachschlager: **Tante Knaster** in 3 Akten

Kinder werden 1 Platz 20 Pf.

Rest. Wilsdruffer Vorstadt

Freiberger Straße 9.

Sonntag den 17. Februar: **Großes Freikonzert,** wozu alle Freunde, Genossen und Nachbarn freundlichst einladen **R. Leichsenring und Frau.**

Lichtspiele URANIA

19 Alaunstrasse 19

Vom 15. bis 18. Februar, von 6 bis 11 Uhr:

FERN ANDRA

Des Lebens ungemischte Freude . . .

Der Roman einer Zirkuskünstlerin in 5 Teilen.

Sonntag von 3 bis 6 Uhr: **Jugendvorstellung.** [B 3224

Der Schatzgräber.

Bücher für die Jugend. **Volksbuchhandlung**

Colosseum-Theater

Freiberger-Pl. 7

Ab Freitag den 15. Februar

zum ersten Male mit Erklärung

Fern Andra

in dem 6teiligen **Roman aus einer kleinen Residenz**

Die nach Glück und Liebe suchen. [S 172

Kino Briesnitz.

Morgen Sonnabend u. Sonntag: **Heideröschen.** Lebensbild in 3 Akten. **Im Moorland.** [illegible] nahme. — In Vorbereitung das einzigartige Werk **Wenn Menschen reif zur Liebe werden.**

SARRASANI

Die **größte Sehenswürdigkeit Dresdens** ist Sarrasanis glanzvolles, neues Manege-Schauspiel

TORPEDO - - LOS!

mit der Wettfahrt zwischen Schnellzug und Auto, Beschiessung Londons, Baralongs, U-Boot auf See, U-Boot unter Wasser, Fest der blauen Jungen, Siegesfest, 500 Mitwirkende! Glanzvolle Dekorationen! Sensationelle Effekte! Massenaufzüge!

Ferner: **Die weltberühmte Lorch-Familie**

Der geheimnisvolle Deckentanz.

Täglich abends **7** Uhr. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch nachmittags **3** Uhr

Vorverkauf im Residenz-Kaufhaus.

Sarrasani-Trocadero: **Heitere Künstler-Stimmungsabende**

Quellen-Bücher für die Jugend.

Stück 30 bis 50 Pf. **Volksbuchhandlung**

*Unserem langjährigen Genossen, dem Zigarrenmacher **August Helbig** die herzlichsten Glückwünsche zu seinem **75. Geburtstage.***

B3216] *Die Genossen von Trachenberge.*

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß nach kurzem Krankenlager unser guter Vater und Großvater

Julius Mähle, Zimmerer

sanft entschlafen ist. In tiefstem Schmerze:

Dresden, Florianstr. 18, II., den 15. Febr. 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag nachm. 3½ Uhr auf dem Annenfriedhof in Löbtau.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180215/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Partikularistische Gesandtschaftspolitik.

In der Zweiten Kammer des Landtags stand gestern unter anderem ein konservativer Antrag zur Beratung, der die Errichtung sächsischer Gesandtschaften im Auslande in großer Zahl forderte. Man glaubt auf diese Weise die speziellen Interessen Sachsens besonders fördern zu können, würde aber nur Komplikationen schaffen, denn die Vertretung deutscher Interessen im Auslande ist Sache des Reiches. Es ist natürlich auch nötig, daß dabei einheitlich verfahren wird. Wenn nach dem konservativen Antrage Sachsen neue Vertretungen im Auslande errichten würde, kämen natürlich andere deutsche Staaten alsbald nach. Es würde ein Heer von Gesandtschaften deutscher Einzelstaaten in ausländischen Staaten agieren, die sich leicht in die Haare geraten würden. Denn der Gesandte jedes Staates soll natürlich möglichst viel für sein Land herausschlagen. Dieses Konkurrenzrennen der Gesandtschaften würde nicht nur ein sehr unerquickliches Bild gewähren, man würde auf diese Weise sicher im Ausland alsbald der Lächerlichkeit verfallen.

Der Abg. Dr. Böhme, der den Antrag begründete, trug nichts dazu bei, den partikularistischen Widersinn des Antrags irgendwie zu mildern. Man vernahm von dem redelustigen Herrn, daß die imaginären Gesandtschaften nicht etwa nur wirtschaftliche Interessen vertreten sollten, sondern auch Fragen der Wissenschaft, der Kunst sowie der Kirche und Schule. Das sollte ein schönes Durcheinander geben. Auch die Regierung, die doch sonst den konservativen Wünschen gern weit entgegenkommt, vermochte dem Antrage keinen Geschmack abzugewinnen. Sie erklärte sich zwar, wie der Minister des Innern ausführte, bereit, die Gesandtschaften in Berlin und München auszubauen, im übrigen muß sie sich jedoch damit bescheiden, daß die auswärtige Vertretung deutscher Interessen Sache des des Reiches ist.

Die Nationalliberalen tanzten, wie die Ausführungen des Abg. Dr. Stecher zeigten, wieder etwas um die Sache herum, mußten schließlich aber doch zugeben, daß mit dem konservativen Antrage nichts anzufangen ist. Das brachten noch deutlicher der Abg. Koch für die Fortschrittspartei und Genosse Sindermann zum Ausdruck. Auch ein zweiter nationalliberaler Redner, der Abg. Singer, betonte in merklicher Abweichung von dem ersten Sprecher seiner Partei, daß der Reichsgedanke durch eine partikularistische Gesandtschaftspolitik nicht erschüttert werden dürfte.

Wenn man schließlich den Antrag der Finanzdeputation A überwies, bereitete man ihm auf diese Weise nur ein besseres Begräbnis, als es durch die einfache Ablehnung der Fall gewesen wäre.

Um die Forstakademie in Tharandt.

Im Landtage ist der Bericht der Finanzdeputation A über Kapitel 76 des ordentlichen Staatshaushaltplanes, Forstakademie zu Tharandt, erschienen. Es wird beantragt, die Staatsregierung unter den gegenwärtigen, dazu besonders günstigen Verhältnissen spätestens bis zum nächsten Landtage um das Ergebnis der Erörterung zu ersuchen, ob im Interesse der Fortentwicklung der sächsischen Forstwirtschaft der Fortbestand der Forstakademie zu Tharandt, ihre Aufhebung oder ihre Angliederung an eine sächsische Hochschule zweckmäßig ist und wie im Falle des Fortfalles der Forstakademie in Tharandt die dortigen Institute zu einer großzügigen forstlichen Versuchsanstalt für Sachsen ausgebaut werden können.

Unzeitgemäße Arbeiterlöhne.

Die Lohnverhältnisse bei der staatlichen Porzellanmanufaktur in Meißen hatten schon vor dem Kriege sehr zu wünschen übrig gelassen. Auch heute noch beschwert sich das Personal dieses einen Weltruhm besitzenden Instituts mit Recht über die den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen längst nicht mehr entsprechenden, unzureichenden Löhne, von anderen ganz offenkundigen Betriebsmängeln, auf die wir später noch zukommen werden, ganz abgesehen.

Nach einer Regierungsauskunft zu dem Haushaltkapitel 8 haben sich die Löhne der einzelnen Arbeitergruppen in den Jahren 1915/16 wie folgt gestaltet:

	1915	1916
A) Artistische Arbeiter:		
Männliche Stückarbeiter bei der Gestaltung	1926 M.	2348 M.
do. bei der Figurenmalerei	1874 „	2337 „
do. bei der Glasmalerei	1359 „	1551 „
Weibliche Stückarbeiter	827 „	947 „
B) Technische Arbeiter (einschließlich der nichtständigen Arbeiter)	1143 „	1295 „
C) Durchschnitt	1392 „	1642 „

Die Arbeiterzahl einschließlich Lehrlinge betrug 551 bzw. 550. Auf jeden Arbeiter entfielen 2765 bzw. 2607 Arbeitsstunden. 1915 wurden von 116 Arbeitern 14493 und 1916 von 110 Arbeitern 13666 Ueberstunden gemacht. An Krankheitstagen waren 1915 6027 und 1916 6887 zu verzeichnen, auf einen Arbeiter entfielen 10,95 bzw. 12,52 Krankheitstage, deren auffällige Häufung auf eine größere Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte zurückgeführt wird.

Bemerkenswert sind die total unzureichenden hygienischen Verhältnisse. Die Tatsache, daß für ein Personal, das in normalen Zeiten gegen 1000 Köpfe zählen wird, zwei Baderäume mit nur einigen Wannen und Duschen existieren, ist ein Zustand, dessen baldige Beseitigung bzw. Besserung dringend geboten ist.

Förderung des Obstbaues in Sachsen.

Veranlaßt durch einen Antrag des Abg. Träber hat die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer zum Zwecke der Verbesserung des Obstbaues in Sachsen folgendes beschlossen:

die Staatsregierung zu ersuchen, gegenüber der während des Krieges gestiegenen und in Zukunft sicherlich noch mehr steigenden Nachfrage nach Obst die Förderung des Obstbaues in erhöhtem Maße sich angelegen sein zu lassen, insbesondere

1. dem Landesobstbauverein zur Anstellung weiterer Obstbauwanderlehrer, zur gründlichen und vermehrten Ausbildung von Obstbaumwärtern und zur Förderung bei Ausübung ihres Berufs sowie zur durchgreifenden Bekämpfung der Obstschädlinge entsprechende und mehr Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen,
2. in den Lehrerseminaren neben dem theoretischen Unterricht auch auf die praktische Unterweisung in Schul- oder anderen Gärten noch mehr als bisher Bedacht zu nehmen,
3. in Volks- und Fortbildungsschulen vornehmlich auf dem Lande das Interesse der Schüler am Obstbau vor allem auch durch Anschauungsunterricht und praktische Uebungen zu wecken,
4. den Lehrern, insbesondere denjenigen, die ein ständiges Schulamt auf dem Lande anstreben, die Ausbildungsmöglichkeit im praktischen Obstbau durch erhöhte Beihilfen für Teilnahme an Lehrgängen in Obst- und Gartenbauschulen zu erleichtern.

Pferdedünger — ein Gegenstand des täglichen Bedarfs.

Der Mühlenbesitzer Reich aus Meißen hatte Ende 1916 und Anfang 1917 in fünf verschiedenen Fällen größere Mengen Pferdedünger, die aus seinem Fuhrbetriebe stammten, zu einem Zentnerpreis von 50 bzw. 60 Pfennig verkauft. Er ist in der Berufungsinstanz wegen übermäßiger Preissteigerung in einem Falle verurteilt worden, weil nach dem Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen ein Düngerpreis von 50 Pfennig angemessen gewesen wäre und R. somit bei einem Verkaufspreis von 33,62 M. einen Gewinn von 12,72 M. eingesteckt habe. Das Landgericht stellte sich entgegen der Auffassung des Angeklagten auf den Standpunkt, daß Pferdedünger ein Gegenstand des täglichen Bedarfs ist, denn es sei gleichgültig, ob er täglich oder bloß zu gewissen Jahreszeiten verwendet werde. Jedenfalls diene er zur Erzielung reicherer Ernten. Pferdedünger sei aber auch ein rohes Naturerzeugnis, weil menschliche Arbeit dabei nicht in Betracht komme. Die Revision des Angeklagten vertrat nach wie vor die gegenteilige Meinung. Bestritten wurde auch, daß Pferdedünger ein rohes Naturerzeugnis im Sinne der Kriegswucherverordnung sei, denn er müsse aus dem Stall heraus nach dem Dunghaufen geschafft werden, wo er sich erst zu seiner wahren Wirkung entwickle. Das sächsische Oberlandesgericht ist aber der Rechtsauffassung der Vorinstanz beigetreten und hat die Sache unter Aufhebung des angefochtenen Urteils nur deshalb an das Landgericht zurückverwiesen, weil in der Frage der übermäßigen Preissteigerung noch keine völlige Klarheit herrschte.

Rückkehr der Verschleppten aus der Moldau (Rumänien).

Ueber die zurückgekehrten deutschen und österreichisch-ungarischen Zivilgefangenen aus der Moldau (Rumänien) sind die ersten fünf Listen erschienen; sie können bei der Oeffentlichen Auskunftsstelle für Auswanderer in Dresden, Kanzleigäßchen 1, III., eingesehen werden.

Der Verkauf kriegsunbrauchbarer Pferde

findet gegenwärtig nur noch in der Pferdeverkaufsstelle des Landesfuttermarkts zu Leipzig gegen Vorzeigung einer Bescheinigung der Kgl. Amtshauptmannschaft oder der Gemeindebehörde statt. Die Abgabe erfolgt nur in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Zwickau. Die hiesige Ingenieurschule wird Ostern ihren Schulbetrieb wieder aufnehmen. Es werden u. a. auch zehn junge Türken in die Anstalt eintreten.

Aue. Wenig erfreulich war das Ergebnis der städtischen Schweinemästerei. Zum Ankauf gelangten 25 Schweine im Gewicht von 1804 Pfund zum Gesamtpreise von rund 2000 M.; ein Schwein ging ein und die anderen brachten bei 1950 Pfund Schlachtgewicht einen Erlös von 5732 M. Da die Unkosten sehr hohe waren, erlitt die Stadt einen Verlust von 3714 M.

Olbernhau. In seiner letzten Sitzung stimmte der Stadtgemeinderat dem Ratsvorschlage zu, der die Einrichtung von Sonderklassen vorsieht, in denen begabte Knaben und Mädchen, die den Uebertritt in höhere Schulen beabsichtigen, bis zum 13. Lebensjahre zur Erreichung der Realschulziele geführt werden. Durch Aufsetzen einer oder mehrerer Klassen wird denjenigen, die die kaufmännische oder die Beamtenlaufbahn einzuschlagen gedenken, ein Abschluß ihrer Bildung durch Erteilung des Berechtigungszeugnisses geboten. Die Einrichtung erfolgt bereits zu Ostern 1918. In späteren Jahren sollen diese Sonderklassen eventuell als Unterbau zur Errichtung einer Realschule mit Progymnasium benutzt werden.

Zschopau. Auf frischer Tat ertappt wurde der des unberechtigten Schweineaufkaufs schon seit geraumer Zeit verdächtige Privatus Müller aus Chemnitz, als er mehrere Schweine, die er in Krumhermersdorf erstanden und auf seinem Gefährt verborgen hatte, bei sich führte. M. wurde an das hiesige Amtsgericht eingeliefert, die Schweine beschlagnahmt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Hospitalstraße in Leipzig ist am 13. Februar nachmittags ein 57 Jahre alter Ratsarbeiter von einem Polizeiwagen überfahren und dabei sofort getötet worden. Der Arbeiter hatte dem Wagen ausweichen wollen und war dabei zu Fall gekommen. — Im Warenhause Althoff in Leipzig stürzte am Donnerstag vormittag ein Fahrstuhlführer, der an den Sicherungen im vierten Stock eine Reparatur vornehmen wollte, infolge eines Fehltrittes in den Fahrstuhlschacht hinab, wobei er den Tod fand.

Stadt-Chronik.

Anzeigepflicht des Arztes bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Alle Aerzte und Gesundheitsbehörden stimmen in der Ueberzeugung überein, daß die Lockerung der Sitten durch den Krieg, insbesondere der wilde Geschlechtsverkehr in den Etappen, auf den unsere Soldaten angewiesen sind, eine ungeheure Vermehrung der Geschlechtskrankheiten zur Folge gehabt hat, deren Wucht erst nach dem Kriege voll in die Erscheinung treten wird. Als ein ungeheuer ernstes Problem erhebt sich die Frage: was soll geschehen, damit nicht unser ganzes Volk verseucht wird? Die Natur der Krankheit bringt es mit sich, daß der von ihr Befallene, auch wenn alle äußeren Erscheinungen längst verschwunden sind, doch noch auf Jahre hinaus eine Ansteckungsgefahr für die mit ihm in sehr nahe Berührung kommenden Personen bildet, ja diese Ansteckungsgefahr kann, selbst nach vollständig gefahrfreien Perioden immer wieder aufflammen. Die Schweigepflicht, die dem Arzte auferlegt ist, hindert diesen sogar in ganz konkreten Fällen, in denen er etwa eine Person seines Bekanntenkreises durch die Ehe mit einer anderen, infizierten, gefährdet weiß, erstere zu warnen. Nicht einmal vor Gericht darf der Arzt aussagen, so daß also dem gewissenlosen Weiterverbreiter der Krankheit nur in den seltensten Fällen der Prozeß gemacht werden kann, da er sich ja gewöhnlich mit der Behauptung ausreden kann, daß er der Angesteckte sei.

Unter den Vorschlägen, die zur Eindämmung der Geschlechtskrankheiten bisher gemacht worden sind, erscheint der des früheren Berliner Polizeiarztes Dr. Dreuw als der radikalste und jedenfalls als einer der beachtenswertesten. Dr. Dreuw will, wie er des näheren in der Umschau ausführt, ein statistisches Gesundheitsamt errichten, das allgemein der Bekämpfung der Seuchen, vor allem aber der der Geschlechtskrankheiten dienen soll. Jeder Arzt, der einen Geschlechtskranken behandelt, soll verpflichtet sein, dem Amte auf einem Formular davon Mitteilung zu machen. Von da an ist der Patient selbst verpflichtet, allwöchentlich ein von einem beliebigen Arzte unterschriebenes Formular, das von der Post unentgeltlich befördert wird, an das Amt einzusenden, auf dem ihm bestätigt wird, daß er sich noch in ordnungsgemäßer Behandlung befindet, bis er ein vom Arzt ausgestelltes Schlußattest über seine völlige Heilung einsenden kann.

Die Vorteile einer solchen Meldepflicht sollen bestehen: 1. in der Möglichkeit einer genauen Statistik, die bis jetzt unmöglich war; 2. in der Sicherstellung einer genügend lange durchgeführten Behandlung, nachdem bis jetzt etwa 90 Prozent aller Erkrankten sich nicht ausreichend behandeln ließen; 3. in einer Verringerung der Ansteckungsmöglichkeiten auf ein Minimum. Denn Dr. Dreuw will von der Schweigepflicht des Gesundheitsamtes für den einzigen Fall eine Ausnahme zulassen, daß jemand vor Gericht sich gegen die Anklage zu verteidigen hat, daß er einen anderen Menschen wissentlich angesteckt hat. Die Möglichkeit dieser Ueberführung soll also stets über dem Haupte derjenigen schweben, die nicht schon aus eigener Gewissenhaftigkeit während der Zeit ihrer Krankheit jeden geschlechtlichen Umgang vermeiden.

Im übrigen sollen alle Beamten des Amtes unter schärfster Strafandrohung zur absoluten Geheimhaltung der ihnen gewordenen Mitteilungen verpflichtet sein. Sie dürfen, außer in dem angegebenen Falle, nicht einmal vor Gericht aussagen und aus ihrem Schweigen dürfen keine Schlüsse gezogen werden.

Dr. Dreuw ist ein ausgesprochener Gegner der Reglementierung der Prostitution, die nach einem Ausspruche des Senatspräsidenten Schmölder schlimmer als die Verbannung nach Sibirien ist, da sie ohne jede Rechtsgarantie nach Beamtenwillkür über das wehrlose Individuum verhängt wird. Er will an ihrer Stelle für Personen, denen gerichtlich nachgewiesen ist daß sie mit mindestens zwei Personen gegen Entgelt Geschlechtsverkehr gehabt haben, eine wöchentlich vier- bis fünfmalige Nachweispflicht über ihren Gesundheitszustand gegenüber dem Gesundheitsamt treten lassen.

Eine Durchführung dieser Vorschläge würde, wenn nicht ein vollständiges Aussterben, so doch sicher eine starke Einschränkung der Geschlechtskrankheiten herbeiführen. Die Frage ist eben nur, ob sich eine solche, immerhin mit einer sehr starken Belästigung des Publikums verbundene Maßnahme überhaupt durchführen läßt. Speziell bei der Syphilis handelt es sich ja nicht um eine Krankheit, die in ein paar Wochen geheilt ist — da wäre der Zwang zu ertragen —, sondern es dauert viele Jahre, bis der Arzt sein letztes, eigentlich niemals ganz sicheres „Geheilt!" aussprechen kann. Und nicht immer braucht während dieser Zeit der Kranke in Behandlung zu sein. Ließe sich für diese Zwischenpausen Befreiung von der Anzeigepflicht erzielen, so wäre das schon eine außerordentliche Erleichterung, die eine Durchführung des Systems als eher möglich erscheinen lassen würde.

Der Aufstieg der Begabten.

In der Deutschen Schule, der wissenschaftlichen Monatsschrift des Deutschen Lehrervereins, nimmt der Marburger Universitätslehrer Prof. P. Natorp Stellung zu den Fragen des Aufstieges der Begabten und der Schulorganisation. Seine Ausführungen verdienen, in weiten Kreisen Beachtung zu finden. Er sagt u. a.: Ganz allgemein wird bei der Wahl der Schule nicht so sehr auf die besondere Begabung des Schülers und die durch diese bestimmte Berufswahl gesehen, als vielmehr darauf, daß der Schüler in einen Beruf kommt, der ein gewisses gesellschaftliches Ansehen genießt und eine erwünschte Lebensstellung verspricht. Es handelte sich somit bisher immer nur um den Aufstieg in die höhere Gesellschaftsschicht, nicht um den Aufstieg der Begabten. Die verhängnisvolle Folge ist, daß in die Berufe, die die höchsten Anforderungen an allgemein geistige, insbesondere wissenschaftliche Befähigung stellen, die verhältnismäßig kleinste Zahl wirklich Befähigter hineinkommt. All diesen Mängeln unseres innersten, geistigen Lebens und Kräfteverbrauches, den Schäden der geistigen Blutzirkulation unseres Volkes aufs allerernsteste nachzudenken und, nachdem sie so lange schon aufgedeckt sind, ihnen auch endlich wirksam abzuhelfen, ist jetzt dringendste Notwendigkeit. Jede Kraft sollte an die Stelle kommen, wo sie ihr Bestes leisten kann und muß. Dazu ist aber unerläßlich ein solches System unseres Bildungswesens, welches wirklich jede Begabung zu erfassen, für das, was sie am besten zu leisten vermag, richtig auszubilden und dafür bereitzustellen geeignet ist. Dazu aber ist das bis jetzt herrschende System eben unbedingt untauglich; es muß geändert werden, oder wir werden erliegen.

Es gibt aber keinen anderen Weg der Gesundung als den der Einheitsschule. Die deutsche Schule muß so eingerichtet werden, daß sie jeder Eigenart der Begabung die Möglichkeit bietet, sich so frei und eigen, wie es mit einer Schulorganisation überhaupt vereinbar ist, zu betätigen und durch tüchtige Leistung sich zu beweisen, um dann den Weg der weiteren Ausbildung angewiesen zu bekommen, der gerade ihr am besten weiterhilft. Das Wie der Ausführung mag wohl noch viele Versuche fordern, ja eine unerschöpfliche Fülle größtenteils bisher unerkannter und unangerührter Fragen einschließen. Die neue Schulorganisation kann auch nicht von heute auf morgen durch einen Ausschuß ausgearbeitet und auf dem Verordnungswege eingeführt werden. Natorp schlägt daher vor, daß zunächst eine einzelne, nicht zu große noch zu kleine, wohlhabende und bildungsfreundliche Stadt oder ein kleines Land führend vorangingen, den Versuch in der erreichbaren Reinheit durchführte und die Möglichkeit der Sache durch die Tat bewiese. Das Beispiel müßte dann notwendig Nachfolge finden, da selbst in kurzer Frist sich zeigen würde, daß durch die allgemein erhöhte Tüchtigkeit aller und jeder Leistung die zweifellos hohen Kosten sich sicher bezahlt machen.

„Appetitlicher" und „lohnender" Nebenerwerb.

Auf eines der bekannten Angebote von Nebenverdienst in der bürgerlichen Presse erhielt eine Arbeiterfrau nach Anfrage folgenden Brief:

Karl Frauenrath
Neuß a. Rhein.

Neuß, den 5. Februar 1918.

P. P.

Als Nebenbeschäftigung, und zwar zum Sammeln von Abfällen, suche ich fleißige Frauen, welche sich dem Sammeln von Zigarrenabschnitten (Spitzen), beschädigten Zigarren und Zigarrenstummeln (aschefrei) eifrig widmen wollen. Es bietet sich hierzu überall Gelegenheit, und zwar in größeren Bureaus, Zigarrengeschäften, Gastwirtschaften, Cafés, Vereinshäusern, Theatern sowie bei Privatleuten. Diese Lokale sind täglich zu besuchen und ab-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180215/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zutragen. Man wird fast überall Entgegenkommen finden, wenn die Bitte um Ueberlassung dieser Abfälle ausgesprochen wird. Ich zahle für jedes Pfund Zigarrenabschnitte und beschädigte Zigarren 5 M., Zigarrenstummel (aschefrei) 50 Pf. (0,50 M.).

Würden Sie sich diese Beschäftigung angelegen sein lassen, so bitte ich, mit dem Sammeln sofort beginnen zu wollen und mir Ihre Bereitwilligkeit durch eine Postkarte — auf welcher Ihre Adresse genau und deutlich angegeben ist — anzuzeigen. Ich werde dann Gelegenheit nehmen — unter vorheriger Anzeige meines Besuchs, unter Angabe von Tag und Stunde — Sie in Ihrer Wohnung zu besuchen, um alles Weitere mit Ihnen zu besprechen. Bemerken will ich noch, daß die Zigarrenstummel von den anderen Abfällen besonders zu sammeln und aufzubewahren sind.

Die Abfälle müssen trocken sein und an trocknen Orten in Säcken oder Kisten bis zur Ablieferung aufbewahrt werden.

Hochachtungsvoll Karl Frauenrath.

Die Vermutung liegt wohl nahe, daß die so gesammelten gesundheitsschädlichen Stummel und Abfälle nachher zu Wucherpreisen als vorzüglicher Rauchtabak zum Vorschein kommen.

Gehören Kriegszulagen zu den pfändbaren Diensteinkommen?

Der Zivilsenat A des Oberlandesgerichts zu Dresden hat hinsichtlich der Pfändbarkeit der Kriegszulagen der Beamten, Lehrer usw. eine interessante prinzipielle Entscheidung getroffen. Ein im öffentlichen Schuldienste befindlicher Lehrer bezog neben seinem Gehalt und sonstigen Diensteinkünften 15 M. Kriegszulage und 7,50 M. Kinderkriegszulage monatlich. Sein Anspruch aus Dienstvertrag auf Zahlung von Gehalt und sonstigen Bezügen war mit der aus der B.-R.-V.-O. vom 17. Mai 1915 sich ergebenden Beschränkung gepfändet und den Gläubigern zur Einziehung überwiesen worden. Die Anstellungsbehörde rechnete bei der Bemessung des gepfändeten Betrags die Kriegs- und Kinderkriegszulage zu dem Diensteinkommen des Schuldners. Der letztere wollte demgegenüber die Unpfändbarkeit der erwähnten Zulagen festgestellt wissen. Nachdem das Amtsgericht dieses Verlangen des Schuldners zurückgewiesen hatte, hat das Landgericht dem Verlangen entsprochen. Die weitere Beschwerde des Gläubigers ist vom Oberlandesgericht Dresden zurückgewiesen worden.

Ein Opfer des Krieges.

Die Anklagebank betritt ein alter Mann, 72 Jahre alt, er bis jetzt unbescholten durchs Leben gewandelt, und nun verfing er sich doch in den Maschen des Strafgesetzes. Der Maurer St. hatte am 21. Dezember in einem Grundstück einen Ofen zu kehren. Als er den Ruß in die Aschengrube trug, sah er im Hofe einen Kaninchenstall. Da er allein war, drückte er das Drahtgestell ein und holte sich einen der Langohren heraus, mit dem er verschwand. Zehn Tage später ging er nochmals dorthin, um sich auf dieselbe Weise einen Weihnachtsbraten zu verschaffen. Er hatte schon die Drahtlage aufgerissen, als die Besitzer dazu kamen und St. nach der Polizei brachten. Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig. Auf Befragen gab er an, daß er längere Zeit krank gewesen wäre, der Arzt habe ihm gesagt, er müsse gut leben, sonst würde nichts mehr aus ihm. Er habe drei Söhne im Felde, deshalb würde sein Geld immer sehr schnell alle, es sei doch jetzt alles so teuer. Das Urteil lautete wegen vollendeten und versuchten schweren Diebstahls auf fünf Monate Gefängnis.

Gesteigerte Kriminalitätsziffer der Jugendlichen.

In Dresden sind, wie Amtsgerichtspräsident Dr. Becker schreibt, beim Jugendgericht im Jahre 1913: 391, 1917 dagegen 785, beim Landgericht im Jahre 1913: 190, 1917 dagegen 615 Jugendliche unter 18 Jahren abgeurteilt worden. Das ist eine Steigerung um das Doppelte bzw. über das Dreifache. Auch anderwärts liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. So stieg z. B. in München am Jugendgericht die Zahl der verurteilten Jugendlichen im Jahre 1917 auf 900 und damit auf das Zweieinhalbfache gegen 1913. In der Jugendstrafkammer hob sich sogar die Zahl von 99 auf 269. Ueberall sind es die gleichen Gründe, die insbesondere im Mangel an Aufsicht und in den Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete greifbar werden. Das Wachstum der Jugendkriminalität gehört mit zu den betrübendsten Begleiterscheinungen der langen Kriegsdauer.

Bestrafung als Anreiz zu Straftaten. Vor dem Schöffengericht 7 in Hamburg hatte sich der Fabrikant Martin Stehr zu verantworten, weil er gefälschte und gesundheitsschädliche Nahrungsmittel in den Verkehr gebracht hatte, nämlich statt Gelatinepulver ein Leimpulver von ekelerregendem Geschmack, ein Eisarpulver, das als völlig unbrauchbares Backpulver bezeichnet wurde, und ein Backpulver, von dem der Sachverständige aussagte, es sei sehr bedauerlich, daß die Hausfrauen das wenige Mehl durch solche Backpulver verderben müßten. Stehr hat diese für ihn sehr nützlichen Erzeugnisse während der Zeit von drei Monaten vertrieben und nach den Berichten über die Verhandlung gegen ihn seinen täglichen Umsatz auf 20 000 bis 30 000 M. geschätzt, insgesamt also nach seinen eigenen Angaben für 2 250 000 M. Ware abgesetzt. Nimmt man, was sicher viel zu niedrig gegriffen ist, nur 5 v. H. Reinverdienst an, so betrug der Gesamtnutzen in den drei Monaten 112 500 M. Und die Strafe? Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz wurde der Menschenfreund zu 1000 M. Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis verurteilt; er hat für sein gemeinschädliches Treiben also nur eine „Abgabe" von ½ v. H. seines Kriegsgewinnes zu entrichten. Bemerkungen dazu sind überflüssig.

Austausch von Gefangenen. Am Montag mittag brachte ein Sonderzug zahlreiche Austauschgefangene nach den Wolfram-Erzgruben bei Geising. Die Insassen waren französischer, italienischer und englischer Nationalität. Ein nach Mügeln zurückfahrender Gegenzug enthielt die gleiche Zahl russischer Kriegsgefangener, jedenfalls Angehörige der Ukraine und der übrigen friedensfreundlichen Randvölker Rußlands. Die Insassen, die recht fröhlich waren, kommen offenbar vorerst in ein Sammellager, um dann gegen unsere Gefangenen ausgetauscht zu werden.

Neue Richtpreise für getragene Kleider. Die Reichsbekleidungsstelle veröffentlicht in ihren Mitteilungen neue Richtpreise für getragene Herren-, Damen- und Kinderoberkleider, die gegen früher bedeutend erhöht wurden. So sollen gute Salko-, Rock- und Gehrockanzüge sowie Sommerüberzieher 40 bis 75 M., Winterüberzieher 45 bis 80 M. kosten. Für Hosen werden 15 bis 24 M. bezahlt. — Wie die Reichsbekleidungsstelle ferner mitteilt, stehen ihr in nächster Zeit größere Mengen von Scheuertüchern zur Verfügung, eine Nachricht, die die Hausfrauen sehr erfreuen dürfte. Die zur Verteilung kommenden Scheuertücher sind bezugsscheinpflichtig.

Warnung vor Schwindelfirmen! Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, hat eine Flugschrift herausgegeben, die anschaulich zeigt, welchen Gefahren von den Schwindelfirmen die zurückkehrenden Krieger und ihre Angehörigen ausgesetzt sind. Es kann nur empfohlen werden, sich die Flugschrift gegen Erstattung der Selbstkosten von 20 Pf. für ein Stück von der Zentralstelle kommen zu lassen.

Einführung der Sommerzeit 1918. Die Erfahrungen, die man mit der Sommerzeit 1916 und 1917 gemacht hat, haben Veranlassung gegeben, die Sommerzeit, d. i. die Vorrückung der Uhr um eine Stunde, auch für 1918 anzunehmen und erheblich zu erweitern. Während die Sommerzeit 1916 für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September, für 1917 vom 15. April bis 16. September festgesetzt war, wird sie heuer bereits am 1. April (Ostermontag) beginnen und erst am Sonntag den 14. Oktober enden.

Butterverteilung. Am Dienstag den 19. und Mittwoch den 20. Februar wird die angemeldete Landesfettkarte der Stadt Dresden „Februar Z" mit ½ Pfund Butter und der angemeldete Butterbezugsschein mit 50 v. H. mit Margarine beliefert.

Städtischer Zwiebelverkauf. Am 18. Februar beginnt der Zwiebelverkauf in der Hauptmarkthalle. Der Preis für ein Pfund untersuchte Zwiebeln beträgt 28 Pf. Der Verkauf erfolgt nur gegen Abgabe des Ausweises Nr. 150 der Lebensmittelkarte. Auf einen Ausweis wird ein Pfund geliefert.

Neue Mehlpreise für das Gebiet des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung enthält eine Bekanntmachung im Anzeigenteil dieser Nummer.

Vermischte Nachrichten. Zu dem Koffer-Diebstahl am Hauptbahnhofe, über den wir bereits kurz berichteten, meldet der Polizeibericht: Ein dreister Diebstahl wurde am 11. Februar, gegen 8 Uhr abends, vor dem Ausgange II des Hauptbahnhofs am Wiener Platz ausgeführt. Ein Bote hatte zwei Koffer nach dem Hauptbahnhof zu bringen. Während er den einen Koffer nach der Gepäckaufgabe brachte, wurde der andere samt dem Wagen gestohlen. Er enthielt wertvolle Damenkleider, Damenstoffe, Damenwäsche, einen Perlmuttermelkrogen und Schuhe im Gesamtwerte von 2500 M. sowie eine kleine goldene Brosche mit Rektulapstab, der mit Perlen besetzt war, eine Brillantnadel mit zwei großen Brillanten und Saphiren, im Werte von 800 M., und ein goldenes Kettenarmband mit Anhänger, 100 M. wert. Der Wagen wurde später in der Johannstadt aufgefunden. — Ein unbekannter Betrüger ist vor einigen Tagen in Riesa aufgetreten. Er hat dort eine Anzahl Grünwarengeschäftsinhaber aufgesucht, hat sich als Vertreter eines Dresdner Großhändlers vorgestellt und hat Rot- und Weißkraut, von dem eine Wagenladung auf dem Bahnhofe stehe und das er schnell verkaufen müsse, angeboten. Bei den Bestellungen hat er eine Anzahlung gefordert und in jedem Falle einen Bestellschein ausgefertigt, den er mit „C. F. Richter in Dresden" unterschrieben hat. Die Besteller haben die Ware natürlich nicht erhalten, weil sich die Angaben dann als Schwindel herausstellten. Dem Betrüger sind auf diese Weise etwa 1000 Mark in die Hände gefallen. — Einbrüche in Schrebergärten. Vermutlich von Freitag auf Sonnabend voriger Woche wurde in einem Schrebergarten auf Räcknitzer Flur die versperrte Laube erbrochen und Gegenstände im Werte von rund 200 M. gestohlen. Auch in den angrenzenden Gärten wurden Einbrüche verübt. — Zeugen gesucht. Am 30. Januar, nachmittags gegen 1¾ Uhr, ist auf der Bautzner Straße, an der Einmündung der Martin-Luther-Straße, eine 68jährige Frau von einem zweispännigen Wäschereiwagen einer Färberei-Firma überfahren worden und kurz darauf in der Diakonissen-Anstalt infolge der dabei erlittenen Verletzungen verstorben. Zeugen dieses Unfalls werden gebeten, sich alsbald Schießgasse 7, 2., Zimmer 128, melden zu wollen.

Aus der Umgebung.

Kemnitz. Sonnabend den 16. Februar Eierausgabe, und zwar werden beliefert bei Herrn Kaufmann Wiedemann die Nummern 1 bis 160 der neuen Eierkarte, bei Herrn Grenz die Nummern 1 bis 136. Sonntag den 17. Februar Margarineausgabe, pro Kopf 80 Gramm zum Preise von 32 Pf.

Briesnitz. Die Ausgabe der Brot- und Lebensmittelkarten erfolgt auf die Zeit vom 17. Februar bis mit 16. März Sonnabend den 16. Februar, vormittags von 8½ bis 1 Uhr mittags, für die Meißner Straße Zimmer 6, für die Leutewitzer Straße Zimmer 1 und für die übrigen Straßen Zimmer 8. Bescheinigungen für Schwerarbeiterzulagen sind ausgefüllt vorzulegen. Bei späterer Vorlegung erfolgt keine Nachlieferung. Personen, die an den Volksküchen teilnehmen, haben Abschnitt I der Nährmittelkarten in Zimmer 1 abzugeben. Wer den Abschnitt I nicht abgibt, ist auf vier Wochen von der Volksküche ausgeschlossen.

Deuben. Es können käuflich entnommen werden: 20 Gramm Oel für 12½ Pf. auf den angemeldeten Abschnitt 17 und 600 Gramm Marmelade für 1,08 M. auf den angemeldeten Abschnitt 18 der Lebensmittelkarte. — Bezugsabschnitt 19 der Lebensmittelkarte kann bis längstens Freitag den 15. Februar zur Belieferung mit Tilsitgemüse angemeldet werden. Abgabe der in den Handlungen vereinnahmten Abschnitte an Herrn Drogist Kühne bis längstens nächsten Sonnabend, vormittags 10 Uhr.

Cossebaude. Eine Verkehrssünde, die nicht allein die öffentliche Sicherheit gefährdet, sondern auch den Gemeinden Geldopfer auferlegt: das Befahren der öffentlichen Fußwege, hat die Gemeindevorstände von Cossebaude, Stetzsch, Kemnitz und Briesnitz bestimmt, das Befahren dieser Wege zu verbieten und mit Strafe zu belegen.

Cossebaude. Ab 16. Februar gegen Abschnitt 16 der Lebensmittelkarte in den Kaufmannsgeschäften Verkauf von 600 Gramm Marmelade für die Person. Pfund 90 Pf.

Stetzsch. Sonnabend den 16. Februar können in den hiesigen Geschäften auf die für Januar gültige Butterkarte Y 80 Gramm Margarine zu 32 Pf. entnommen werden.

Schandau. Auf dem Bahnhofe wurde ein 14jähriger Schulknabe festgehalten und der Polizeibehörde übergeben. Wie sich herausstellte, ist er von Wesel am Rhein aus dem Elternhaus entlaufen und hat die Bahn als blinder Passagier zu benutzen gewußt.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Einen Hühnerdiebstahl verübte der schon oft, auch mehrmals mit Zuchthaus vorbestrafte 50jährige Gärtner und Tiefbauarbeiter Paul Adolf Rusch in der Nacht zum 22. Dezember in Laubegast. Er hatte früher bei einer Firma in Niederlößnitz gearbeitet und will am betreffenden Tage dort noch Arbeit gewesen sein. Auf dem Heimweg hat er in Laubegast ein Gartengrundstück erbrochen, den darin befindlichen Hühnerstall gewaltsam geöffnet und daraus fünf Hühner gestohlen. Aus einem Hofraum nahm er noch einen Handwagen mit. Die Hühner will er für 30 M., den Handwagen für 15 M. an einen Gastwirt in Friedrichstadt verkauft haben. Der betreffende Gastwirt stand, der Hehlerei angeklagt, mit in der Anklagebank; der Handwagen ist nach einigen Tagen im Hofe des Grundstücks, in dem sich die Gastwirtschaft befindet, aufgefunden worden. Der mitangeklagte Gastwirt bestritt ganz entschieden, Hühner und Wagen angekauft zu haben. Einziger Belastungszeuge war hier nur der Dieb R., der aber in seinen Auslagen sehr unsicher ist und später angab, er hätte die Sachen an die Ehefrau verkauft. Aber auch die Frau hat entschieden den Ankauf bestritten. Das Gericht verurteilte R. zu zwei Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Stellenlos war Anfang dieses Jahres die 20jährige Dienstmagd Sophie Radwan aus Galizien. Am 20. Januar irrte sie in der Umgegend von Hühndorf herum. Gegen Mittag stieg sie in die Kammer eines Hauses ein und stahl ein Kopfkissen, 2 Mark Bargeld, verschiedene Eßwaren, wie Fleisch, Butter, Talg usw. Die Angeklagte ist schon früher wegen Totschlags ihres Kindes mit 3 Jahren Gefängnis bestraft worden; jetzt erntete sie sechs Monate Gefängnis.

Gewerkschaftsbewegung.

Das Fiasko des wilden Generalstreiks in Holland.

Ueber den holländischen Generalstreik, der schon nach ganz kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen werden mußte, wird der J. K. von ihrem Korrespondenten im Haag geschrieben:

Der formell gegen die unzulängliche Lebensmittelpolitik und -verteilung gerichtete Demonstrationsstreik in Holland ist bereits nach eintägiger Dauer als aussichtslos wieder abgebrochen worden. Trotz der von den Tribunisten, Anarchisten und Syndikalisten seit Monaten lebhaft betriebenen Agitation für den Generalstreik betrug die Zahl der Streikenden selbst in Amsterdam, dem Hauptsitz der anarcho-sozialistischen Bewegung, höchstens 2000. In Rotterdam und im Haag war die Beteiligung noch viel geringer.

Das Fiasko wurde auch von den Rednern in der am Montag mittag zu Amsterdam abgehaltenen großen Versammlung indirekt zugegeben. Aber man hoffte noch auf den folgenden Tag. Besonders auf den Anschluß der syndikalistisch organisierten Amsterdamer Gemeindearbeiter. Im übrigen machte man die S. D. A. P. (Mehrheitspartei) und den N. V. V. (Zentrale der freien Gewerkschaften) für das Mißlingen des Streiks verantwortlich. An Beschimpfungen dieser Organisationen und ihrer Leiter hat es denn auch in der Presse und in den Versammlungen der holländischen Revolutionsromantiker nicht gefehlt. Man war jedoch nicht einmal imstande, den formellen, aber gewichtigen Einwand der S. D. A. P. und des N. V. V. zu entkräften, nämlich, daß die Proklamation des Generalstreiks urplötzlich, d. h. ohne jedwede ernsthafte organisatorische Vorbereitung, erfolgt war. Und vor allem, daß dabei die S. D. A. P. und der N. V. V. gänzlich ignoriert worden waren; Organisationen, die an Stärke die „revolutionären" um das Zehnfache übertreffen. Von den christlichen und „neutralen" Gewerkschaften nicht zu reden.

Das „Landelijk Revolutionaire Socialistische Komitee" (Revolutionär-Sozialistisches Landes-Komitee), das den Streik proklamierte, hatte sich in seinem Größenwahn eingebildet, daß die Masse der modern organisierten Arbeiterschaft über die Köpfe der Führer hinweg sich dem Streik anschließen würde. Diese aber befolgten die Parole der Führer, die den Streik als Mittel zur Verbesserung der Lebensmittelpolitik unter den gegenwärtigen Umständen für ungeeignet erklärten. So kam es, daß die Beteiligung am Generalstreik geradezu kläglich war.

Möglich, daß die Arrangeure, an ihrer Spitze David Wijnkoop, noch damit gewartet hätten. Aber man hatte angesichts der durch „ganz Europa gehenden revolutionären Bewegung" geglaubt, nicht länger stillsitzen zu können. Wie denn auch Wijnkoop in der Amsterdamer Versammlung erklärte, daß, da nun auch die österreichischen und deutschen Arbeiter unter der Losung „Friede, Freiheit, Wohlfahrt" demonstrativ die Arbeit niederpelegt hätten, sie nicht im Reigen fehlen wollten. Das ganze Vorgehen der holländischen „Revolutionäre" beweist, wie wenig sie die Psyche ihres eigenen Volkes verstehen und wie wenig Ahnung sie von den organisatorischen Erfordernissen eines Generalstreiks haben — sofern man glaubt, zu einem solchen als letztes Kampfmittel greifen zu sollen. Und davon kann im noch kriegverschonten Holland, wo die organisierte Arbeiterschaft einen sehr starken Einfluß auf die Regierungsmacht auszuüben imstande ist, zur Zeit noch keine Rede sein.

Die Fälscher an der Arbeit.

Unter dieser Ueberschrift wendet sich der Grundstein des Bauarbeiterverbandes gegen Verleumdungen, die von der Leipziger Volkszeitung ausgehen und natürlich auch in der Pirnaer Ableger des Leipziger Unabhängigenorgans übergegangen sind. So hatte die Leipzigerin dem Redakteur des Grundsteins, Ellinger, nachgesagt, daß er jetzt endlich erkannt habe, wie schwere Opfer der Krieg den Arbeitern, Angestellten und Handwerkern auferlege. Demgegenüber weist Ellinger nach, daß er schon vom Jahre 1915 an im Grundstein fortwährend auf den Rückgang des Reallohnes und die Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen hingewiesen hat. Dem Bauarbeiterführer Winnig hatte die Leipziger Volkszeitung unterschoben, er sei klipp und klar für eine Herabsetzung der Löhne eingetreten, damit die deutsche Industrie so schnell wie möglich ihre frühere glänzende Stellung auf dem Weltmarkt zurückerobere. In Wahrheit hatte Winnig gerade umgekehrt geschrieben, daß die Arbeiter zwar im Interesse ihrer Lebenspolitik raschesten Wiederaufbau der deutschen Industrie wünschen müßten, daß dies aber nicht auf Kosten des Arbeitslohnes geschehen dürfe, sondern nichts anderes übrig bleibe, als der Uebergang zu rationelleren Betriebsmethoden. Die Fälschung der Leipziger Volkszeitung nennt der Grundstein eine so erbärmliche Kampfesweise, daß sie jeden anständigen Menschen anmidern müsse.

Dasselbe kann von einem Fälschungsmanöver gesagt werden, das sich der Pirnaer Ableger der Leipziger Volkszeitung gegen unser Blatt leistet. Wir hatten in einem nach dem Streik erschienenen Artikel ausgeführt:

„Nur wer mit politischer Blindheit geschlagen war oder den Streikenden in gewissenloser Weise Trugbilder vorgaukeln wollte, konnte davon träumen, die deutsche Staatsgewalt nach bolschewistischem Vorbild durch Streiks zu zertrümmern oder auch nur in die Hände der unabhängigen Drahtzieher zu bringen. Gewerkschaftlich und politisch geschulte Arbeiter wären für ein so wahnwitziges Unternehmen nie zu gewinnen gewesen."

Wir haben also nicht den Streik an sich, sondern den Versuch einer Zertrümmerung der deutschen Staatsgewalt nach bolschewistischem Vorbild als ein Trugbild und wahnwitziges Unternehmen bezeichnet. Was aber macht das Pirnaer Blatt daraus? So schreibt es:

„Ein „wahnwitziges Unternehmen" wird der Streik unter tendenziöser Betonung und Entstellung seines Wesens genannt. Es mögen sich die Arbeiter für spätere Zeiten gut merken!"

Da nicht gut angenommen werden kann, daß der Schreiber dieser Verdrehung nicht lesen gelernt hat, kann es sich bei seiner Auslassung nur um eine bewußte, böswillige Entstellung des aus unserm Blatt zitierten Satzes handeln. Ohne auf den weiteren Inhalt seiner langen Schreiberei einzugehen, überlassen wir die Beurteilung dieses durchsichtigen Fälschungsversuchs getrost dem Leser.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180215/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Die Mutter Gottes.

Eine Legende von J. V. Jensen.

Deutsch von Werner Peter Larsen.

Irgend einmal vor vielen Hunderten von Jahren, wann, weiß man jetzt nicht mehr genau, geschah es, daß ein Jäger seinem Wild auf der Spur, sich in einem Wald verirrte und in Gegenden kam, die sein Fuß vordem noch niemals betreten hatte.

Und als er sein Wild erjagt hatte und sich niederkauerte, um, ermüdet von der langen Jagd erbost, endlich wieder einmal zu ruhen, fiel es ihm urplötzlich auf, daß die Bäume um seine Ruhestätte so unendlich viel höher und schöner waren als alle anderen, die er vordem gesehen: es waren ganz große, schlanke, prächtige Bäume, zu deren Stämmen sich ein wahrhafter Teppich von Blumen ausbreitete, ganz als hätten alle guten Geister des Waldes sich an diesem Orte ein Stelldichein gegeben hätten ...

Die mächtigen, schlanken Stämme schlossen ihre Kronen dort droben zu einem unabsehbaren, grünen Zelt, das den Himmel nicht durchblauen ließ, seinem Licht jedoch Einlaß gewährte; und es war in diesem Laubzelt so unsagbar still, daß es beinahe war, als würde selbst der leiseste Vogelruf hinaus in die Ferne schallen ... Ja, so still war es ... so still war es, daß man fühlen mußte: jetzt bist du meilenweit im Wald verloren, und um dich ist nichts als Wald und Wald und immer wieder Wald — wohin du dich auch wendest — Wald, Wald, Wald, von drei Seiten; wenn du aber genau hinhörst, so hörst du von der vierten ein fernes Brummen und Rauschen, und das ist das Meer ...

In einer Senkung unterhalb der Baumriesen stand das Heidekraut ellenhoch, und es schien dem Jäger, daß dies die Stelle sei; er drückte den Becher ins Moos bis daß er voll Wasser gelaufen war, schlürfte ihn durstig aus, und begab sich sodann zu dem Hirsch zurück, den er geschossen, und begann, das Messer bald in den Händen und bald zwischen den Zähnen, das schwere, kaum erkaltete Tier zu enthäuten. Dann zerlegte er es, hing Stücke davon am nächsten Baum auf, schnitt sich einen langen Stab und begann an diesem die Keulen des Hirsches über dem Feuer zu rösten — alles in tiefem Schweigen, wenn man so will, notgezwungen: weil ja niemand in der Nähe war ...

In einem Baum gerade über dem Jäger hatte ein ausgefaulter Ast ein Loch hinterlassen, und in diesem Loch hatte ein Star eingenistet, der von Zeit zu Zeit aus seiner Öffnung hervorkam; er flog dann fort, irgendwohin in die Welt, kehrte nach einiger Zeit zurück, schoß, mit mehreren Regenwürmern im Schnabel, wie ein von tausend Schritt abgeschossener Pfeil in sein Wohnloch hinein und machte, daß oben im Loch ein langdauerndes, helles Gepiepe entstand ...

Der Jäger verspeiste sein Essen in Ruhe, warf einen Blick an den Himmel, um die Zeit festzustellen, und sah, daß es kaum über Mittag war. Und so prächtig still war es ringsum ... nichts als Bienensummen in den Bäumen und ...; er gähnte ein wenig, dehnte die Glieder und legte sich aus, um nach der anstrengenden Jagd ein Stündchen zu ruhen ...

Als er erwachte, war es schon spät. Er sprang auf. Der Wald stand in seiner ganzen Weite in Dämmerung, und die Dämmerung wob sich mit bläulichen Schleiern von den Wurzeln bis zu den Wipfeln hinauf, — aber ganz hoch oben, über den letzten, fernen Baumkronen, lag doch noch ein lichter, goldiger Abglanz der scheidenden Sonne ... Und ein leiser, kühler Wind ging durch das Laub, und es war, als lächelte er das lachende Blau des Himmels und das Abendlicht der sinkenden Sonne, ohne lange abzuwägen, wahllos durcheinander ... Und die Vögel, die vordem oben, auf den unteren Aesten der Bäume, gesessen hatten, waren nun in die Kronen hinaufgesprungen, und drunten am Boden des Waldes war alles dunkel und still.

Ja, der Jäger sah wohl ein, daß er sich verschlafen hatte, denn es würde immerhin eine Weile dauern, bis er mit einem Gewicht an Fleisch, weit größer, als sein eigenes war, auf ungebahnten Wegen wieder bewohnte Gegenden erreichte; — er begriff sehr wohl, daß ihm nichts anderes übrig bleiben werde, als im Walde zu nächtigen. Aber schließlich — warum denn auch nicht? So blieb er denn, wo er gerade war! Er hielt Umschau nach einer Baumhöhle, in die er sich hineinsetzen und, also reitend, die Nacht verbringen könne, wenn dabei auch von Schlaf nicht gerade die Rede war. Und als eine passende Schlafgelegenheit gefunden, schürte er noch Reisig in Fülle auf das Feuer, über dem er sein Essen bereitet, und richtete sich so behaglich ein, wie es gerade ging, wiewohl er eigentlich keine Ruhe finden konnte ...

Der Wald war nach dem Verschwinden der Sonne so schnell düster und starr geworden, und es war, als verdicke sich die Luft von allerlei unfaßbaren, unnennbaren Dingen, die sich um die Abendstunden in ihr gesammelt hatten. Und der Jäger schien einen wilden, aussichtslosen Kampf gegen das eindringende Dunkel zu führen; je heller es aufflackerte, desto finsterer wurde der Wald, so daß es dem Jäger bald war, als säße er eingeschlossen in einer erleuchteten Höhle, und draußen nur undurchdringliche, feindselige, schwarze Nacht war ...

Und da — hörte er plötzlich Schritte ...

Er griff nach dem Bogen, sprang auf und stand hochaufgerichtet da — mit dem furchtbaren, gespannten Gesicht dem Dunkel zugewandt, halb Furcht und doch halb Herausforderung an den unsichtbaren Feind —; so wartete er ... Aber die Schritte verstummten; nur der Wald rauschte ... der Wald ...

Und dann ein Klagelaut ... ganz in der Nähe ...

Er fuhr zusammen und spannte mit dumpfen Brüllen den Bogen in der ganzen Länge des Pfeils ...

Und wieder der gleiche Laut ...

Und plötzlich sieht er: in den Kreis des Feuers tritt zögernd, wie suchend, eine Gestalt, ein Weib, und setzt sich nieder, nachdem sie gesehen, daß er sie bemerkt hat. Ihre Füße sind halbverdeckt vom Gras ...

Ja, der lange Pfeil mit der Eisenspitze würde einen Stier durchbohren, wollte man ihn auf diese Entfernung abschießen, — und sie schien ihn erwartet zu haben, aber der Jäger zieht nur einige Male tief Luft, legt Bogen und Pfeil beiseite und tritt langsam auf sie zu.

Sie war ein Weib, ein blutjunges Weib, das sich auch verirrt hatte im Walde und vom Scheine des Feuers angelockt war. Und sie kannten sich nicht. Sie konnten sich nicht, denn sie war von einem anderen Volk, wie er, — sie konnten nicht einmal miteinander reden, — aber wozu brauchten sie auch reden? Sie verstanden sich auch so, und es währte nicht lange, da saß das fremde Mädchen bereits am Feuer und drehte geschäftig das dampfende Fleisch des Hirsches am Spieß ...

O, ja, es war wohl doch gut gewesen, daß sie einander so getroffen hatten ... so in der Wildnis ... Denn es ist gewiß nicht gut, alleine zu sein, wenn man in die Irre gegangen ist und die Nacht im Freien verbringen muß ... Dann wird der Wald, wenn es dunkelt, bisweilen unheimlich ... irgendwo von einem hohen Baum krächzt der Uhu herab, so daß es einem durch Mark und Bein geht, selbst wenn man weiß, daß es nichts als ein Uhu ist ... irgendwo geistert ein Lichtstrahl in den Baumwipfeln herum ... ein Irrlicht, oder der Mond vielleicht ... große, runde, glühende Augen sehen einen hinterrücks an, — in solchen Fällen ist es für Menschen, für ein Menschenpaar, das müde geworden ist vom Wandern, und das fröstelt vom Tau, das Beste, wenn sie sich vor der Nacht der Wälder verbirgt, — wenn das eine die Arme um den Hals des anderen schlingt, ein frischgehäutetes Hirschfell über die Augen zieht um so, eng aneinander geschmiegt, abwartet, bis der Mond die Bahn durchmessen hat, die ihm vorgeschrieben ist, zu durchmessen, bis daß es bei uns wieder Tag werden kann ...

Sie erwachten vom Schlagen der Finken und vom hellen Sonnenlicht, das den herrlichen Frühlingsmorgen vergoldete, und sahen, noch liegend, zu den riesigen, uralten Bäumen empor, die ihre grünen Arme wie im Gruß zu ihnen hinabstreckten. Dann richtete sie sich auf, schüttelte ihr Haar, sah verwundert um sich und sagte leise nur die eine Silbe: „Ih!"

Sie blieben zusammen, die beiden, die die Nacht vereint hatte, und keines schritt mehr den Weg zurück, den es gekommen war; an der Quelle unter den großen Bäumen schlugen sie sich als freie Jägerfamilie nieder, und es machte ihnen keinerlei Mühe, ihr Leben den Sommer über zu fristen, für den Winter aber legten sie sich eine Erdhöhle an, ohne jemals den Wunsch zu verspüren, andere Menschen zu sehen. Zu was brauchten sie andere Menschen? Zu was Freunde? Der Wald vertrat ihnen die Freundesstelle, und sie liebten seinen weiten, grünen Saal mit den starken, alten Bäumen, weil sie sich selbst und einander in ihm gefunden hatten.

Und als der Spätsommer ins Land ging, da zeigte es sich, daß das fremde Mädchen Mutter werden solle, wie sie selbst meinte, von den Himbeeren, die sie gegessen hatte, denn als das neue Wesen sich ankündigte, hatten sie gerade tief drinnen im Dickicht Himbeeren gegessen, und so mußte also wohl das die Ursache sein. Sie hatte sich ganz vollgegessen, und so war es gekommen, sie wurde von Tag zu Tag voller und voller.

Sie gebar das Kind mitten im Winter und schlug es in das weiche Fell eines Rehkitzes ein. Es war ein kleines, warmes, feuchtes, rosiges Dingelchen, das gleich nach der Geburt mit einem hellen, silbernen Stimmchen zu zwitschern begann, wie in der ersten Morgenfrühe die Vögel zwitschern, und es hatte winzig kleine Händchen, an denen die Nägel wie rosige Knospen blühten, einen Haarflaum wie Sonnenschein, Augen, so blau, wie der Frühlingshimmel, und einen sorgenvollen Mund, der lange tastete und suchte, bis daß er die Brust der Mutter gefunden hatte. (Schluß folgt.)

Aus der Siedlungszeit der Ukrainer.

Die älteste uns durch Chroniken überlieferte Geschichte der Ukrainer gilt ihrer Siedlungszeit und umfaßt eine Periode, in der die ukrainischen Stämme trotz furchtbarer Kämpfe gegen den ewigen Ansturm der Nomaden die Grundlage ihrer Kultur errichteten. Die ersten genauen Nachrichten über die ostslawische Ansiedlung stammen, wie den Geschichtsforschungen des Lemberger Universitätsprofessors Michael Hruschewskyj zu entnehmen ist, aus dem zehnten und elften Jahrhundert. Diese beiden Jahrhunderte stellen in jeder Beziehung das interessanteste Kapitel der ukrainischen Geschichte dar.

Die ostslawische Kolonisation teilte sich in zwei große Gruppen. Die Stämme der Nordgruppe — die Vorfahren der heutigen Weiß- und Großrussen — übernahmen das Gebiet des oberen Dnjepr und die Quellengebiete der westlichen Dwina und der Wolga und kolonisierten in ihrer weiteren Ausdehnung nach Osten die Finnenländer. Die die südliche Gruppe bildenden ukrainischen Stämme siedelten sich im Flußgebiet des mittleren und unteren Dnjepr an, um sich von da in nordwestlicher Richtung über das Karpathengebiet, in östlicher Richtung über das Flußgebiet des Don auszudehnen. Das Zentrum der ukrainischen Kolonisation am rechten Dnjepr-Ufer, in der Umgebung der heutigen Hauptstadt Kiew, wurde von dem Volksstamm der Polanen besiedelt. In der fraglichen Zeit, 10. und 11. Jahrhundert, nahm er das kleine Dreieck zwischen den Flüssen Dnjepr, Irpen und Ros ein, das nicht nur das geographische, sondern auch das historische Zentrum der ukrainischen Volksstämme geworden ist. Oestlich von den Polanen endlich hatten sich die Siverjanen niedergelassen, der wohl der zahlreichste der ukrainischen Stämme war.

Die Kolonisation der Ukrainer hatte außerordentlich unter der Bewegung von türkisch-finnischen Nomadenhorden zu leiden; in den Ruhepausen zwischen den Kämpfen mit den einzelnen Nomadenstämmen bildeten sie aber ihre wirtschaftliche und kulturelle Eigenart aus, und es ist hervorzuheben, daß das allgemeine kulturelle Niveau der ukrainischen Stämme in dieser Zeit bereits eine beachtenswerte Höhe erreicht hatte. Der ansehnlich entfaltete Ackerbau stellte einen Hauptzweig der ukrainischen Wirtschaft dar, und schon in den heidnischen Grabhügeln der am wenigsten kultivierten Derewljanen und Siverjanen fand man Sicheln und Körner verschiedener Getreidearten. Damals benützten die Ukrainer auch bereits den Flachs zur Herstellung von Geweben und Bereitung von Leinöl. Die Jagd wurde zum Teil zum Vergnügen, zum Teil wegen der wertvollen Pelze betrieben. Besonders bezeichnend für den Stand der damaligen ukrainischen Kultur ist die Tatsache, daß bereits zu Ende des zehnten Jahrhunderts Hausgeflügel gezüchtet wurde. In den Wäldern entwickelte sich auch die Bienenzucht zu großer Bedeutung. Diesem Kulturstand entsprechend war die Nahrung auch bereits der primitiven Kunstlosigkeit wilder Völker überlegen; die Ukrainer schaffen [illegible] Brot, Grütze, Kuchen, Käse und Malzbier. Die Häuser der reicheren Ukrainer hatten bereits in der fortgeschritteneren Siedlungszeit zwei Stockwerke, in denen sich zum Teil heizbare Räume befanden. Die [illegible] Wohnung wurde von dem Wirtschaftsgebäude und den Vorratskammern umgeben.

Der älteste Chronist, auf den die Geschichtsforschung sich zu berufen vermag, berichtet, daß die Stämme der nordslawischen und der ukrainischen Gruppe einen Gott als den Herrscher des Weltalls verehrten, daneben aber auch gewissermaßen Gottheiten zweiten Ranges anerkannten. Einige dieser Gottheiten hatten bereits individuelle Züge, auffallend jedoch ist, daß Göttinnen in der ukrainischen Mythologie überhaupt nicht vorkommen. Die Stammesorganisation der Ukrainer ist höchstwahrscheinlich auf eine Art Familientradition zurückzuführen. Die Gruppierung der Stämme aber vollzog sich durchaus auf ethnographischer Grundlage.

Gewitter.

Schauspiel von Alexander Zinn. Uraufführung im Schauspielhaus.

In dem dreiaktigen Schauspiel Gewitter von dem in Hamburg lebenden Dichter Alexander Zinn ringt eine starke Begabung mit Ueberlieferung. Man fühlt förmlich wie Zinn, einer eigenen Idee und eigenen Willens mächtig, mit Form und Ausdruck kämpft, um selbständig zu bleiben. Er ist kein Neuling auf dem Theater. Vor einigen Jahren errang er mit der Komödie Die Brüder von Damaskus im Berliner Königl. Schauspielhaus einen lebhaften, künstlerischen Erfolg, dem allerdings nachhaltige Wirkung nicht beschieden war. Das neue Werk ist mit sicherem Gefühl für die Forderungen der Bühne angelegt, älteres Theater wird fühlbar, aber der Wille nach neuem, lebhaftem Ausdruck hebt schließlich das Werk in eine edlere Atmosphäre. Allzu gründliche Kenntnis des Theaters und seiner Gesetze kann gelegentlich auch ein Nachteil sein, namentlich wenn die Grundidee von dem Bemühen nach auffälliger und starker Wirkung übertönt wird.

Zinn wollte die Tragödie eines Individualisten geben, der seinen Höhepunkt überschritten hat, und, seiner ursprünglichen Kraft nicht mehr mächtig, vom Schicksal gefällt wird. Der große Baumeister, Max Birk, an dessen Genialität man als eine Voraussetzung des ganzen Werkes glauben muß, ist das, was man in einer früheren Epoche als Renaissancemenschen bewunderte. Heute sieht man solchen Erscheinungen ja etwas skeptisch gegenüber, obwohl nicht einzusehen ist, warum Persönlichkeiten dieser Gattung erst glaubhaft werden sollen, wenn sie ein Renaissancekostüm tragen. Auch von Hebbel sagte man ja, daß er die Menschen verzeichnen könne. Professor Birk, der Held des Schauspiels, folgte durchaus dem Gesetz seiner Persönlichkeit, ohne Rücksicht auf Willen und Empfindung anderer, die in seinen Bannkreis traten. Für die sinnfällige Bedeutung dieser ungewöhnlichen Erscheinung standen dem Verfasser restlos überzeugende Ausdrucksmittel nicht zu Gebote. Theater überwiegt innerliche Kraft und dichterisch Geschautes. Immerhin sind die Gestalten, die Birk noch auf der Höhe seines Wesens zeigen, so lebendig, daß der Zuschauer mit Anteilnahme die Entwicklung verfolgt. Noch in einer Szene, in der Birk nach 28 Jahren zum ersten Male seinem Sohne aus der Ehe mit einer längst geschiedenen edlen Frau begegnet, zeigen sich die Lebensgrundsätze des rücksichtslosen Individualisten in einer Reinkultur. Aber schon ballen sich die Gewitterwolken über seinem Haupte zusammen: Sein langjähriger Mitarbeiter, des Zwanges müde, scheidet von ihm; die letzte, mit Gewalt genommene Geliebte droht ihn zu verlassen, und in einer wichtigen Konkurrenz ist er der Unterliegende. Die Säulen seines Lebens wanken, die letzte Kraft versiegt und der Widerstand gegen den Zusammenbruch erlahmt. Nach diesen bewegten, theatermäßig zugeschnittenen Szenen konnte das Stück zu Ende sein. Aber nun zeigt es sich, daß Zinn mehr kann, als ein wirksames Theaterstück schreiben. Der letzte Akt, der die Ruhe nach dem Gewitter bringt, ist dichterisch rein und stark. In dem verschmähten Sohn wird das Edelste und Beste lebendig, was diesem Gewaltmenschen je begegnete. Aus der niedergebrochenen Kraft sprießen liebliche Blumen zarten Gefühls, die Schwelt wird von einem seelischen Kampf abgelöst. Man kann einwenden, daß nicht innerste Erkenntnis, sondern ein äußerer Anstoß Anlaß zu dieser Wendung war; aber feineren Ohren blieb nicht verschlossen, daß die edleren Züge in diesem Gewaltmenschen auch auf der Lebenshöhe nur schlummerten. Als Charakterstudie ist das Werk jedenfalls interessant. Man fühlt, daß Zinn im Theater noch Edles und Starkes geben wird.

Die Wiedergabe des Werkes war ungewöhnlich gut und rückte das Ganze auf ein höheres Niveau. Lothar Mehnert trat mit einer Rollenleistung hervor, die zu den allerbesten Hoffnungen berechtigt. Das Grelle des Schauspiels war gedämpft, die Stimmung vertieft. Da Mehnert auch den Helden mit großer Kraft und im letzten Akt mit starker seelischer Ergriffenheit spielte, war der ungewöhnlich lebhafte Erfolg begreiflich. Die beiden Frauenrollen waren durch Alice Verden und Melitta Leithner glänzend vertreten. Das Ensemble stand überhaupt auf der Höhe der Leistungsfähigkeit, die ihm Ruhm und Anerkennung gewährte. Alexander Wierth, Alfred Meyer, Erich Ponto gaben in scharf umrissenen Charakteren das Beste. Der Erfolg setzte nach dem ersten Akt lebhaft ein, flaute nach dem allzu grellen, äußeren zweiten Akt ab und gewann nach dem innerlichen letzten Akt eine Stärke, wie man sie hier lange nicht erlebt hat. Mit den Darstellern, Lothar Mehnert an der Spitze, konnte sich auch der anwesende Dichter zeigen. Lzwg.

Konzerte.

Volks-Sinfoniekonzert. „Könnten Sie Ihrem Orchester beim Spiel etwas Frühlingssehnsucht einweben; die hatte ich hauptsächlich dabei, als ich sie schrieb im Februar 1841. Gleich den ersten Trompeteneinsatz möcht' ich, daß er wie aus der Höhe klänge, wie ein Ruf zum Erwachen — in das folgende der Einleitung könnte ich dann hineinlegen, wie es überall zu grünen anfängt, wohl gar ein Schmetterling auffliegt, und im Allegro, wie nach und nach alles zusammenkommt, was zum Frühling etwa gehört." Diese Briefstelle Robert Schumanns hatte Kapellmeister Florenz Werner bei seiner Auffassung der B-Dur-Sinfonie Schumanns glücklich in tönendes Leben umgesetzt. Das Larghetto mit seinem sinnigen Charakter und das straff angegliederte energische Scherzo mit der anmutigen Walzermelodie gelangen ihm besonders eindrucksvoll, und das Schlußrondo mit seiner Blütenpracht regte zu herzlichem Beifall an. Dagegen wirkte die Ouvertüre „Im Frühling" von Karl Goldmark, die den Abend einleitete, etwas äußerlich gemacht, wenn auch das feinere Empfinden eines Kenners aus dem effektvollen Stück spricht, das übrigens das Vorspiel zu dem hübschen Aufzug im Brandts-Bühne Schneidern von Schönau enthält. — Als Solistin des Abends befand mit Ehren Edith-Herma Schneider, die jetzige erste Konzertmeisterin im Leipziger Stadtorchester. Sie spielte das G-Moll-Konzert Max Bruchs, das mit Recht so volkstümlich gewordene Geigenwerk des [illegible], mit weichem, edlem großen Ton und einer trefflichen Bogenführung. Vielleicht hätte der letzte Satz noch einen Schuß mehr innerliches Feuer vertragen; aber im Ganzen war eine Probe von edler künstlerischer Begabung. D.

Das Dresdner Trio, die Herren Franz Wagner (Klavier), Fritz Schneider (Violine) und Hans Bottermund (Violoncell), erbrachte in seinem dritten Kammerkonzert erneuten Beweis hervorragender Musizierfähigkeit. Technisch gleich tüchtig geschult und von ungewöhnlich starker, natürlicher Gefühlswärme übereinstimmend beseelt, scheint den Konzertgebern in ihrem Zusammenwirken offenbar noch der höchste Vorteil erhalten, sich restlos eingehend mit den Werken beschäftigen zu können; von keinen engbindenden Berufsgeschäften gejagt, arbeiten sie ruhig und sicher der Reife ihres [illegible] Vortrags entgegen. Die schon oft gehörte Trio-Suite G-Dur von Paul Scheinpflug eröffnete den Abend, den Dvořaks [illegible] F-Moll-Trio beschloß. [illegible] P. B.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180215/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dresdner Kalender.

Theater am 16. Februar. **Opernhaus:** Die Schneider von Schönau (7). — **Schauspielhaus:** Der geistiefelte Kater (6½). — **Albert-Theater:** Sneewittchen (8); Der Probekandidat (7). — **Residenz-Theater:** Was die Mutter erzählt (8¼); Mein Onkel (7½). — **Zentral-Theater:** Der Graf von Luxemburg (8½); Die Rose von Stambul (7½).

Albert-Theater. In der Neueinstudierung des Pfarrers von Kirchfeld aus kommenden Montag sind in Hauptrollen beschäftigt die Herren Steiner, Heding und George und die Damen Mebius und Sunger. Die Regie führt Direktor Dr. Alberty.

Das Philharmonische Orchester veranstaltet Sonntag, 4 und 7½ Uhr zwei große volkstümliche Konzerte. Leitung: Gustav Gellhorn-Dubelowitz. Solist: Alfred Poker (Posaune).

Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz veranstaltet wieder sieben volkstümliche Heimatschutzvorträge mit Lichtbildern, deren erster kommenden Sonnabend stattfinden wird; Baurat Dr.-Ing. Mackowitz (Leipzig) wird über das deutsche Bürgerhaus sprechen. Die Vorträge werden vom 16. Februar bis 30. März allwöchentlich Sonnabends im Vereinshause gehalten worden, pünktlich um 8½ Uhr beginnen und in der Regel eine Stunde dauern.

Professor Max Pauer veranstaltet am 21. Februar im Vereinshause seinen diesjährigen Klavierabend. Karten bei H. Bock, Prager Straße 9.

Kleine Mitteilungen.

Ein künstlerisches Erinnerungsblatt des Heiteren Abends der Königlichen Kapelle stellt das Programm dar, das für diesen Abend entworfen worden ist. Die Titelseite bildet ein Kunstblatt von der Hand Rudolf Scheffler's, des Dresdner Künstlers, der soeben mit seinen charakteristischen, flott entworfenen Zeichnungen für das Huka-Album allgemeines Aufsehen und Interesse erweckt hat. Der Künstler hat auf diesem Blatt die Königliche Kapelle und Meister Reiner im Kostüm der Zeit Haydns dargestellt, so wie sie im ersten Teil des Konzerts vor dem Publikum spielt. Das Programm ist im Verlage der Firma A. Waldheim & Co. erschienen.

Die Königl. Sächs. Esperanto-Bücherei, die bis gegen Ende 1917 unter der Verwaltung des Leipziger Buchgewerbemuseums gestanden hat, ist nach ministeriellem Beschluß nunmehr der Bücherei des Sächsischen Esperanto-Instituts, dessen derzeitiger Leiter Professor Dr. Dietterle ist, übertragen worden. Sie ist in dem neuen Geschäftslokal des Leipziger Instituts aufgestellt und der öffentlichen Benutzung zugängig.

Louis Renault, Frankreichs berühmtester Rechtslehrer, der der auch mit dem Nobelpreise ausgezeichnet wurde, ist in Paris im Alter von 75 Jahren gestorben.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

24. Sitzung. Donnerstag, 14. Februar 1918, mittags 12 Uhr.

Die Kammer nimmt zunächst das Dekret auf Zustimmung zur **Aufhebung der Gebührentage für Verrichtungen von Tierärzten** in gerichtlichen sowie in polizeilichen und sonstigen Verwaltungsangelegenheiten vom 1. März 1918 in allgemeine Vorberatung. Es wird nach kurzer, unwesentlicher Debatte der Gesetzgebungsdeputation zur Weiterberatung überwiesen.

Ein Antrag Böhme (kons.) fordert den

weiteren Ausbau der auswärtigen Vertretungen Sachsens.

Abg. Dr. Böhme (kons.) führt zur Begründung seines Antrages aus, daß Veranlassung zum Antrage gewisse Vorgänge Ende 1917 gegeben hätten. Bayern stehe im Begriffe, seine Auslandsvertretungen weiter auszubauen. In der Ansicht, daß die einzelnen Bundesstaaten nach dem Zustandekommen des Deutschen Reichs besondere Auslandsvertretungen nicht mehr nötig hätten, sei in letzter Zeit eine vollständige Wandlung eingetreten. In Bayern hätte sich auch die Sozialdemokratie mit der Vermehrung der Auslandsvertretungen einverstanden erklärt. Für Sachsen werde nichts anderes übrig bleiben, als seine Gesandtschaften im In- und Auslande auszubauen. Wenn auch das Tätigkeitsfeld des einzelnen Bundesgesandten beschränkt sei, so würde doch bei einem solchen Ausbau wirtschaftlich viel herauszuholen sein. Daß die Reichsvertretung nach der wirtschaftlichen Seite hin genüge, müsse er bezweifeln. Es gelte auch, für den Wirtschaftskrieg, den England und Frankreich nach dem Kriege offen oder versteckt gegen uns führen werden, beizeiten zu rüsten. Die Aufgabe, die hier der Reichsvertretung zufalle, sei viel zu umfangreich; die notwendige individuelle Arbeit könne sie nicht leisten. Daß die Bundesstaatsgesandtschaften mit der Reichsvertretung in Konflikt geraten könnten, halte er für ausgeschlossen, beide würden sich vielmehr in wertvoller Weise ergänzen. Zur Besetzung der Gesandtschaftsposten sollten nur tüchtige Elemente, aber aus allen Kreisen, nicht bloß aus dem Beamtenstande, herangezogen werden. Wünschenswert wäre auch die Errichtung einer sächsischen Gesandtschaft in Stuttgart. Die Ausgaben für den Ausbau seien eminent produktive und spielten bei der Wichtigkeit des angestrebten Zweckes gar keine Rolle. (Bravo! rechts.)

Minister des Äußern Graf Vitzthum: Die Regierung habe die Anregungen des Antrages nur zu begrüßen. Die Entwicklung der Verhältnisse in der letzten Zeit hätten nach dieser Richtung gedrängt. Mit großem Interesse hätte die Regierung von den Anregungen Kenntnis genommen, sie erachte die Sache aber noch nicht für spruchreif, weshalb sie noch eine abwartende Haltung einnehmen werde. Die Bedeutung der sächsischen Gesandtschaften habe sich gerade im Kriege gezeigt, die Gesandtschaften in Berlin, Wien und München würden durch Bestellung volkswirtschaftlicher Sekretäre und andere Maßnahmen bereits ausgebaut. Die erforderlichen Mittel würden im Nachtragsetat angefordert werden. Nach dem Kriege würden die Gesandtschaften noch mehr als bisher ein Hilfsmittel in der Wahrnehmung sächsischer und damit deutscher wirtschaftlicher Interessen sein.

Abg. Dr. Streche (natl.): Durch derartige Sondervertretungen würde der Reichsgedanke äußerlich nicht gestört werden. (Sehr richtig! bei den Natl.) Dem Auslande gegenüber aber würden die Bundesstaaten als Konkurrenten untereinander und gegenüber dem Reiche erscheinen. Das würde ein Bild traurigen Partikularismus entrollen. Die Vorteile der Sondervertretungen würden auch nicht so groß sein. Für einen sächsischen Gesandten dürfte es auch sehr schwierig sein, größeren Bundesstaaten gegenüber seinen Einfluß in wünschenswerter Weise zur Geltung zu bringen. Der Antragsteller sei auch mit einer vornehmen Handbewegung über die Kostenfrage hinweggegangen, die indessen durchaus nicht so einfach liege. Das Weiterbestehen der Bundesstaaten im Auslande könnten seine Parteifreunde nicht gutheißen. Es müßten vielmehr im Einvernehmen mit dem Reiche durch Angliederung sächsischer wirtschaftlicher Beiräte und Attachees die Ziele, die wir haben, verfolgt werden. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Koch** (Fortschr. Vp.) erklärt ebenfalls, daß seine politischen Freunde dem Antragsteller auf dem angegebenen Wege nicht folgen könnten. Man sollte versuchen, sächsische Beamte in den Reichsdienst zu bringen. In Sachsen sei bei der Linken bezüglich ihrer Haltung zu den Gesandtschaften keine Wenderung eingetreten.

Minister des Äußern Graf Vitzthum bemerkt, die Angliederung eines besonderen sächsischen Beirats an die Reichsgesandtschaft sei weder bisher erfolgt noch in der Reichsverfassung vorgesehen und könne auch kaum eine besondere Bedeutung erlangen.

Abg. **Singer** (natl.) ist der Ueberzeugung, daß es dem deutschen Kaufmann vorbehalten bleiben werde, die wirtschaftlichen Fäden mit dem Auslande wieder anzuknüpfen; er müßte jedoch hierbei auf Unterstützung der Gesandtschaften rechnen können.

Abg. **Sindermann** (Soz.)

Wir vertreten bezüglich der Gesandtschaften denselben Standpunkt wie früher. Die Erfahrungen des Krieges haben bewiesen, daß dieser Standpunkt richtig ist. Was der Antrag wünscht, kann in die Praxis gar nicht umgesetzt werden. Es würden dann verschiedene deutsche Gesandtschaften in Washington, London, Petersburg usw. errichtet werden, was im Auslande ein Tohuwabohu hervorrufen müßte. Der sächsischen Wirtschaft würde der schlechteste Dienst erwiesen werden, wenn Sachsen im Auslande eigene Gesandtschaften errichtete. Der Gedanke, den deutschen Gesandtschaften sächsische Beiräte anzugliedern, sei auch verkehrt. Sachsen sollte nur im Bundesrate seinen Einfluß dahin geltend machen, daß nur die tüchtigsten Kräfte auf diese Posten gestellt werden. Das wäre die beste Vertretung, die man sich denken könnte. Was würde es im Auslande für einen Eindruck machen, wenn die größeren Bundesstaaten überall eigene Gesandtschaften errichteten. Wir kämen aus einer Misere in die andere, und anstatt die Macht und das Ansehen des Deutschen Reiches zu stärken, würde das Gegenteil erreicht werden zum Schaden des deutschen Volkes.

Nach weiterer belangloser Debatte geht der Antrag zur **Weiterberatung** an die **Finanzdeputation A.**

Zum Antrage Brodauf betreffend die Erhebung von **Grundsteuern und Besitzwechselabgaben durch die israelitischen Religionsgemeinden,** beantragt die Gesetzgebungsdeputation, die Regierung um eine Vorlage noch während des gegenwärtigen Landtages zu ersuchen, wonach 1. § 7, Ziffer 1a, und § 13, Ziffer 1b, des Kirchengrundsteuergesetzes dahin authentisch interpretiert werden, daß durch diese Gesetzesbestimmungen das Recht jeder einzelnen, einer Kirche oder Religionsgemeinschaft angehörigen Gemeinde zur Einführung von Besitzwechselabgaben von Grundsteuern für Kultuszwecke nicht berührt wird, 2. die politischen Gemeinden angewiesen werden, diese Abgaben gegen die gesetzlichen Gebühren einzuheben. Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen.

Es folgen dann noch mehrere **Petitionen,** darunter eine solche der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände um Gewährung von Schwerarbeiterzulagen. Die Kammer beschließt antragsgemäß, die Petitionen mit Hauptpunkte auf sich beruhen zu lassen; soweit sie Einführung von Gasthauskartoffelkarten für das ganze Reich wünschen, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Eine Petition der Pharmazeutischen Kreisvereine um Vergütung der bei Errichtung von Apotheken aufzuwendenden Kosten im Falle der Neukonzessionierung veranlaßte

Abg. **Drescher** (Soz.), die Regierung zu bitten, dafür zu sein, daß nicht eine unnötige Verteuerung der Medikamente eintrete.

Nächste Sitzung: Montag, nachmittags 4 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Fortschritte der Parteipresse.

Wie die **Mannheimer Volksstimme** berichtet, hat die Parteiorganisation und das Parteiblatt in Mannheim in kurzer Zeit neue und schöne Fortschritte erzielt. Seit dem 1. Februar ist die Bezieherzahl der Volksstimme um mehr als 400. Der Abonnentenstand hat die höchste Friedensziffer bereits sehr bedeutend überschritten.

Der niederösterreichische Landesparteitag und der Massenstreik.

Auf dem niederösterreichischen Landesparteitag wurde ausführlich über den Massenstreik gesprochen. Es fehlte nicht an Stimmen gegenüber der Parteileitung, aber sie wurde nur von wenigen vertreten. Am Anfang der Debatte geübt, während andere feststellten, daß die Parteileitung sich mit Geschick und Taktkraft an die Spitze der Bewegung gestellt und ihr zum Erfolg verholfen habe. Es fehlte auch nicht an Hinweisen darauf, daß die trotz der Rückschläge vorhandene Einigkeit und Geschlossenheit der Partei im Gegensatz zu der Spaltung in Deutschland ihren Anteil am Erfolge habe. Es trat hervor, daß die Forderung nach Freilassung Friedrich Adlers eine große Rolle in der Bewegung gespielt hat und daß es eine Stimmung hervorgerufen hat, als diese Forderung nicht unter den offiziellen Forderungen aufgenommen wurde. Die Partei hat den Standpunkt, daß er vor die Geschworenen zu bringen, nicht, daß er, obwohl das Urteil von einem Ausnahmegericht gefällt, einfach freizulassen sei. Während der Bewegung sind zwölf Personen verhaftet worden, bei denen man revolutionäre Flugblätter fand. Sie haben ihre Verhaftung vielleicht auch sich selbst und ihrer Unvorsichtigkeit zuzuschreiben. Die Redner der Parteileitung, Dr. Ellenbogen, Dr. Renner, Seitz und Dr. Viktor Adler, legten klar dar, darüber belehren, daß ihnen die Einrichtung des Arbeiterrates wünschenswert erscheine, um die Fühlung mit den Arbeitermassen zu behalten, daß aber im Arbeiterrat nicht etwa ein Tummelplatz Temperamentsausbrüche unorganisierter Leute werden soll, und die Führung auch den die Verantwortung tragenden, also der Parteileitung, bleiben müsse.

Vom Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Am Sonntag tagte der außerordentliche Kongreß der ungarischen sozialdemokratischen Partei. Es waren 232 Delegierte erschienen. Jakob Weltner sprach über die Veranlassung und den Verlauf des letzten Ausstandes, wobei er auch die Ursache der Abdankung der Parteileitung bekannt gab. Nach ihm übten mehrere Redner scharfe Kritik an den Amtshandlungen des Justizministers Vazsonyi, gegen die Parteileitung wurden Angriffe gerichtet, weil der Kongreß ergebnislos verlaufen ist. Zum Schluß wurden Wahlen vorgenommen und mit 224 gültigen Stimmen sämtliche Mitglieder der bisherigen Parteileitung wiedergewählt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Schütz, Dresden-Striesen. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Seifert, Dresden-Striesen. — Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

Täglich Cymians Thalia Theater Görlitzer Str. 6 Anfang 8 Uhr Sonnt. 2 Vorstellungen Sachen. 4 Uhr kl. Preise. Kind. Hälfte! Donnerst. Damenvorstellung Vorzugskarten werktags u. Sonntags nicht gültig

Zerrissene Strümpfe
Hemden, Hosen usw. werden seit über 18 Jahren in der
Strumpfwarenfabrik Paul Krause
Gerokstraße 54
nach bewährtester Methode äußerst sauber vorgerichtet.
6 Paar zerrissene Strümpfe geben 4 Paar vorgerichtete Strümpfe.
6 Paar zerrissene Socken geben 3 Paar vorgerichtete Socken.
Preis für das Paar 1.25 bis 1.50 M. Lieferzeit 8 Tage.
Annähsüße
zu billigsten Tagespreisen werden auf Spezialmaschine umsonst angenäht und kann darauf gewartet werden.
Eigene Ladengeschäfte:
Gerokstraße 54, Haltestelle Stephanienstraße. [B3199
Bautzner Straße 23, Haltestelle Markgrafenstraße.
Große Plauensche Straße 32, gegenüb. d. Feldgasse

Ausverkauf
(wegen Ladenaufgabe) von [B3217
Lederwaren
Brand, Königsbrücker Straße 3

Sparkasse Leuben b. Dresden, Rathaus.
Gute Bauverbindung. Straßenbahnlinie: Dresden—Laubegast—Leuben (Markt)—Bahnhof Niederfedlitz.
Geöffnet während der Kriegszeit von 9 bis 1 Uhr.
Tägliche Verzinsung zu 3½ Prozent.
Postscheck-Konto Leipzig 6184. — Gemeindegirokassen-Konto.
Fernsprecher: Amt Niederfedlitz 996. [W 56

Heimarbeiterinnen
für Zigaretten mit Mundstück sucht sofort [S 88
Zigarettenfabrik Thessalia, Nicolaistraße 12.

Keine Wanze mehr für 1.50 M.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Nur mit Nicodaal I — II zu erzielen. Erfolg verblüffend.
Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt.
Doppelpackung 1.50 Mark nur bei Weigel & Zeh, Marienstraße; bei Einsendung von 1.50 M. portofreie Zusendung nach auswärts. [S 244
Fabrikant: Kammerjäger R. Berg, jetzt Poliersstraße 13, früher Mathildenstraße 23. Telephon 27002.

Selbständiger
Buchdruck-Maschinenmeister
in dauernde Beschäftigung gesucht.
Gretschel & Ulbrich
Stephanienstraße 38. [S 83

Tücht. Schlosser
suchen [S 244
H. Kunath, G. m. b. H., Dresden-N., Kunzstr. 2.

Modell-Schlosser
gesucht.
Meier & Weichelt, Abteilung Graugußerei
Leipzig-Großzschocher am Preußischen Bahnhof. [S 21

Agitiert für die Volkszeitung!

Tüchtige
Dreher u. Schlosser
sofort gesucht.
„Universelle"
Zigarettenmaschinen-Fabrik J. C. Müller & Co.
Dresden-A. 28, Tharandter Str. 17. [S 19

Maschinenschlosser, Dreher
Horizontalbohrer [S 243
in dauernde Beschäftigung sucht
Eisenwerk Coswig, Akt.-Ges., Coswig i. Sa.

Maschinenschlosser
und
Werkzeugschlosser
werden angenommen
The United Cigarette Machine Comp. Filiale Dresden
Dornblüthstraße 43. [S 245

Andrucker
der von Zinkplatten drucken kann, findet Stellung bei
Leutert & Schneidewind
Glashütter Straße 100. [S 21

Dreher, Mechaniker, Schnittbauer
nur ausgelernte, wirkl. tüchtige Leute sucht [S 83
Mechan. Werkstatt Scheunpflug
Marienstraße 20.

2 Zeitungsausträgerinn.
für Friesnitz, Leutewitz, Dölzschen u. Ockerwitz sucht [W 1384
G. Kunath, Hamburger Str. 66.

Lohgerber-Lehrling
nach sofort gesucht. 3 Jahre Lehrz., freie Verpflegung, 3½ J. freie Kleid., Familienanschluß. Näh. Köthner, Leuben, Sitz. 17.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 25 Pf.
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10.

Unt. Garantie d. Gesetzes und bei freier Lagerung zahlen wir für gebundene
Zeitungen
25 M. f. 100 kg
für geb. Hefte, Bücher, Zeitschriften usw. 22 M. Verkehrs-Kurier, Abteilung Papierverwertung, Dresden, Fernruf 25004.

Sekt- und Wein-
Korke
Weinflaschen
Louis Hausmann, Dresden, Tel. 12520.

Einkauf u. Tausch
von Briefmarken
Otto Friebe
Ziegelstraße 13.

Postkarten
Typ. 12,50 M.
Rich. Jähnig, Vergrößerungen
Senfgurken, Tabakersatz, Holz. Weine, Liköre, Kost. Leuben.

Goethes Werke
3 Bände
Volksbuchhandlung